

Landtagswahlprogramm 2004

beschlossen auf der 3. Tagung
des 7. Landesparteitages der
PDS Thüringen
am 17.01.2004 in Sömmerda

*„Der beste Weg, andere an uns
zu interessieren, ist der, an
ihnen interessiert zu sein.“*

Emil Oesch

Der rote Faden unserer Politik ist mehr Demokratie - das Ziel soziale Gerechtigkeit!

1. Präambel

Vierzehn Jahre nach Herstellung der staatlichen Einheit ist offensichtlich, dass von einer Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland nicht die Rede sein kann. Die Fehler des Vereinigungsprozesses bewirken, dass die Schere zwischen Ost und West zum Nachteil des Ostens und damit auch Thüringens weiter auseinandergeht. Gerade Frauen sind in vielen Fällen Verliererinnen der Vereinigung. Immer mehr Menschen im Land sind auf Leistungen der Arbeitsförderung und der Sozialhilfe angewiesen. Allein die Abwanderung vieler junger Frauen und Männer, Familien sowie von Angehörigen der mittleren Generationen verdeutlicht, dass in unserem Land zunehmend eine optimistische Lebensplanung in Frage gestellt ist. Bleibt es bei dieser Entwicklung, so werden sich die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland und Thüringen für große Teile der Bevölkerung weiter verschlechtern.

Wir treten deshalb für einen **grundlegenden politischen Richtungswechsel** ein und werden im Wahljahr 2004 Alternativen zur Diskussion und zur Abstimmung am Wahltag unterbreiten.

Schluss mit der verfehlten Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundes- und Landesregierung.

Wir wollen eine andere Politik, die durch eine gezielte Förderung den Erhalt und das Entstehen von existenzsichernden Arbeits- und Ausbildungsplätzen begünstigt.

Wir wollen eine Politik der **sozialen Gerechtigkeit**, die ein selbstbestimmtes Leben für alle ermöglicht.

Wir wollen eine **Bildungsreform**, die Chancengleichheit für alle gewährleistet und somit Integration, individuelle Förderung und Leistungsentwicklung ermöglicht. Wir lehnen Leistungskürzungen und Studiengebühren ab.

Wir wollen den Stellenwert der Kinder- und Jugendpolitik als Zukunftsinvestition erhöhen und Rahmenbedingungen für ein **kinderfreundliches Thüringen** schaffen.

Wir wollen mehr Möglichkeiten für Bürgerbeteiligung an allen wichtigen Entscheidungen und **mehr direkte Demokratie**.

Wir wollen die **Stärkung kommunaler Selbstverwaltung** und die wirksame Verbesserung der Kommunalfinanzen. Wir treten für bezahlbare, vertretbare und sozial gerechte Kommunalabgaben ein.

Wir sagen, eine andere Politik ist möglich. **Eine Reformpolitik für Thüringen, die diesen Namen auch verdient**. Eine Reformpolitik, die sozial, gerecht und bürgernah ist. Eine Reformpolitik, die wirtschaftliche Effizienz mit Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit verbindet. Eine Reformpolitik, die Frauen gleichstellt, gleiche Rechte sichert und nicht weiter ins gesellschaftliche Abseits stellt.

Wir sagen aber auch, ohne eine andere Politik in der Bundesrepublik wird es keinen durchgreifenden politischen Richtungswechsel in Thüringen geben.

Die PDS Thüringen fordert deshalb im Bund wie im Land eine **grundlegend veränderte Einnahmepolitik** der öffentlichen Hand. Notwendig ist ein völlig anderes Herangehen an eine Steuerreform, die nicht die unteren und mittleren Einkommen stärker belastet und die Reichen schont. Kernpunkte sind dabei die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Einführung eines progressiven Körperschaftssteuersatzes und Abbau der Steuervergünstigungen für Konzerne, Banken und Versicherungen, die Rücknahme der Steuerbefreiung für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften, eine Umsatzsteuer auf Wertpapierumsätze, die Beibehaltung des Spitzensteuersatzes von 48,5 Prozent auch nach 2005, die Abschaffung des Ehegattensplittings sowie eine verstärkte Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerverkürzung.

Die Thüringer PDS spricht sich erneut gegen die automatische Diätenerhöhung der Abgeordneten des Thüringer Landtags und gegen weitere Privilegien aus. Auch Thüringen würde von einer gerechten Steuerpolitik profitieren und neue Handlungsspielräume gewinnen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Abwärtsspirale aus politisch verursachten Steuerausfällen, Ausgabekürzungen und Schuldenaufnahmen durchbrochen wird.

Wir kämpfen dafür, dass der Bund Länder und Kommunen finanziell so an den Einnahmen des Staates beteiligt, dass sie ihre Aufgaben wieder erfüllen können und dass nicht weiter öffentliches Eigentum verschleudert wird. Wir streben mittelfristig ausgeglichene Haushalte an, wenden uns jedoch gegen ein blindes Kürzen.

Die Umsetzung einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform ist ein Weg zur Erschließung neuer Finanzspielräume im Landeshaushalt und den kommunalen Haushalten.

Wir werden, entgegen der vorherrschenden öffentlichen Meinung, die tatsächlichen Ursachen für die Krise der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme benennen. Nicht sozialer Raubbau, sondern nur ein Wechsel im System kann den Sozialstaat zukunftsfähig gestalten.

Deshalb sagen wir, die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme muss von den Lohnarbeitsverhältnissen abgekoppelt und durch eine Wertschöpfungsabgabe der Unternehmen gesichert werden. Dadurch kann auch für Unternehmer, Selbständige und Freiberufler ein soziales Sicherungssystem für den Fall des wirtschaftlichen Scheiterns geschaffen werden. Gleichzeitig sind alle Einkommensarten in die Finanzierung der Sicherungssysteme einzubeziehen und Privilegien, insbesondere für Großaktionäre und Bezieher großer Einkommen, abzuschaffen.

Menschen, die in Thüringen leben und hier eine Zukunft haben wollen, sind Ausgangs- und Zielpunkt unseres Handelns. Das heißt, gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern eine andere Politik zu gestalten, sie viel stärker als bisher in die Diskussion der Probleme und die Entscheidungen einzubeziehen.

Deshalb gilt es im Interesse der Menschen in Thüringen mehr Demokratie zu wagen. Mehr Demokratie meint, eine **moderne Mitbestimmung** der Personalräte, mehr Volksabstimmung bei Müll- und Abwasserkonzepten, bei Schulnetzplanung, bei Schule überhaupt. Mehr Demokratie und Mitsprache für Bürgerinnen und Bürger heißt aber genauso, für den Erhalt von Stadtwerken, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Schülerbeförderung, der kommunalen Krankenhäuser und Kindergärten einzutreten.

Deshalb lautet **unser Angebot** für die nächsten Jahre:

1. Solidarisch miteinander leben,
2. länger gemeinsam lernen,
3. bürgernah statt bürokratisch handeln,
4. Regionen stärken, globale Herausforderungen annehmen.

Die CDU-Landesregierung Thüringen wie auch die Bundesregierung untergraben mit ihrer Politik die Grundlagen des Sozialstaates, gefährden den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und diskreditieren die Demokratie. Zu dieser Politik steht die PDS in scharfer Opposition. 14 Jahre CDU-Politik sind genug. Demokratie lebt von Alternativen. Deshalb sagen wir: Dem Sozialabbau und dem schwarzen Stillstand die rote Karte!

*„Eine der schauerlichsten Folgen
der Arbeitslosigkeit ist wohl die,
dass Arbeit als Gnade
vergeben wird.*

Es ist wie im Kriege:

Wer die Butter hat, wird frech.“

Kurt Tucholsky

2. Arbeit für alle ist das Ziel

Erwerbsarbeit stellt für die meisten Menschen das drängendste Gegenwartsproblem dar. Wenn sie fehlt, ist die notwendige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Sicherung des Lebensunterhaltes gefährdet. Die Erhaltung vorhandener und die **Schaffung von neuen Arbeitsplätzen** ist für die PDS deshalb eine Aufgabe von hohem Stellenwert.

Aufgrund der verfehlten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Bundes und des Landes ist die Thüringer Wirtschaft in der Krise und es fehlen über 400 000 Arbeitsplätze. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sinkt dramatisch und die Abwanderung von Menschen hält an. Thüringen ist das Land mit dem niedrigsten Lohn- und Einkommensniveau der Bundesrepublik.

Die **gerechtere Verteilung der Arbeit** ist unser Anliegen. Während viele Menschen durch lange Arbeitslosigkeit krank werden, arbeiten andere bis zur Erschöpfung. Auf die Beschäftigten in Thüringen entfallen im Jahr allein 50 Millionen bezahlte Überstunden. Wir sind der Auffassung, dass allein durch die Reduzierung der bezahlten Überstunden in Thüringen 15.000 neue Arbeitsplätze entstehen können.

Deshalb spricht sich die PDS Thüringen für den **Abbau von Überstunden** und ihre Umwandlung in zusätzliche Arbeitsplätze aus. Zudem sind eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit (40 Stunden müssen zur gesetzlichen Höchstarbeitszeit werden) und neue, familienfreundliche Arbeits(teil)zeitmodelle notwendig.

Das Land setzt sich für den Erhalt der Flächentarifverträge ein. Durch gesetzliche Regelungen wird gesichert, dass in der Zuständigkeit des Landes und der Kommunen kein Austritt aus den Flächentarifverträgen ermöglicht wird. Bei der Privatisierung öffentlicher Aufgaben und der Übertragung von Aufgaben auf freie Träger ist die Tarifbindung zu sichern.

Durch die Entbürokratisierung der Vielzahl von Fördervarianten, die drastische Vereinfachung der Antragstellung und Abrechnung sowie eine Neubestimmung der förderfähigen Bereiche auf Grundlage jährlicher Analysen, ist die Landesförderpolitik effektiver zu gestalten. Direkte Landesinvestitionszuschüsse sollten nur noch als zinslose oder zinsgünstige Darlehen an Unternehmen, mit der Option der Umwandlung in Zuschüsse, ausgereicht werden.

Die PDS Thüringen setzt sich für eine **aktive Arbeitsmarktpolitik** ein, die sich an den Herausforderungen der Massenarbeitslosigkeit ausrichtet. Sie muss mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik verzahnt und regional organisiert werden. Die Regionalbeiräte für Arbeitsmarktpolitik müssen u. a. durch die stärkere

Einbeziehung der Kommunen aufgewertet und mit eigenen finanziellen Mitteln ausgestattet sein.

Die Weiterbildung oder Umschulung von Arbeitslosen und die Unterstützung von Förderprojekten für besonders benachteiligte Personen sind stärker als bisher an den Wirtschaftsstrukturen in der Region und zukunftsorientierten Arbeitsfeldern auszurichten. Bei der Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen sollen die Unternehmen für einen Zeitraum von zwei Jahren 50 Prozent der Bruttosumme gefördert bekommen.

In Thüringen muss darüber hinaus ein effektives System für die zielgerichtete Erfassung freier Stellen aufgebaut werden, um Arbeitslose besser vermitteln zu können. Der Einsatz für eine aktive Beschäftigungspolitik erfordert eine **Entlohnung**, die die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Die PDS Thüringen wendet sich strikt **gegen Billiglohnkonzepte**. Arbeit darf nicht zu „Lohnarmut“ führen und muss existenzsichernd sein. Sie setzt sich deshalb unter Beachtung der Tarifautonomie dafür ein, das Lohnniveau in Thüringen anzuheben.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge müssen künftig die tarifliche Entlohnung und die Förderung von Frauen und jungen Menschen in **existenzsichernder Beschäftigung** als Kriterien berücksichtigt werden.

Die PDS ist deshalb für ein **Thüringer Vergabe- sowie für ein Gleichstellungsgesetz**, dass auch für die Privatwirtschaft gilt. Dabei ist zu sichern, dass die Auftragspolitik als ein Element regionale Wirtschaftskreisläufe fördert.

Die PDS Thüringen plädiert für die öffentliche Förderung gemeinwohlorientierter Arbeit in einem **Nonprofit-Sektor**, dessen Beschäftigte existenzsichernd entlohnt werden. Vor allem in den Bereichen Soziales, Jugendförderung, Kultur, Ökologie und Sport wird Arbeit von der Wirtschaft nicht aufgegriffen, da keine Gewinne zu erzielen sind, und der öffentliche Dienst kann sie derzeit nicht erbringen.

Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor ist keine Konkurrenz für die Wirtschaft und kein Alibi für Beschäftigungsabbau im öffentlichen Dienst, denn er erschließt neue Beschäftigungsfelder. Es entsteht ein geeignetes Instrument, um gesellschaftlich dringend notwendige Arbeit zu leisten und dazu beizutragen, die hohe Arbeitslosigkeit nachhaltig abzubauen sowie Arbeitslosen zu ermöglichen, ihren Lebensunterhalt selbst zu erarbeiten.

Deshalb schlagen wir eine **Sozialpauschale** vor. Ausgehend von vorhandenen Trägerstrukturen und unter Berücksichtigung der Trägervielfalt wird damit der

Notwendigkeit der inhaltlichen und personellen Verstärkung von Sozialarbeit Rechnung getragen. Den Kommunen obliegt die konkrete Entscheidung, in welchen Projekten Fest-Stellen installiert werden. Von ihnen wird auf Grund ihrer Finanzsituation kein Eigenanteil dazu abgefordert.

Träger der Projekte dieses Sektors können Beschäftigungsgesellschaften, Genossenschaften, kommunale Unternehmen, soziale, ökologische und kulturelle Vereine oder Initiativen, Selbsthilfegruppen sowie Wohlfahrtsverbände, in bestimmten Fällen auch Unternehmen, sein. Die PDS sieht sich in der Verpflichtung, **regionale Modellprojekte** zu initiieren und zu unterstützen.

Global denken, lokal handeln

Die PDS steht für eine Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik, die auf die Stärkung von zukunftsfähigen Entwicklungsbedingungen setzt, sie fördert und somit dazu beiträgt, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen Thüringens zu schaffen.

Ein Wirtschaftswachstum, das vorwiegend auf gesteigerter Produktion von Gütern basiert, verschwendet Ressourcen, zerstört die Umwelt und löst das Problem der Arbeitslosigkeit nicht. Deshalb ist für die Thüringer PDS wirtschaftliche Entwicklung Bestandteil der **Nachhaltigkeitsstrategie**. Sie muss im Einklang mit den sozialen und ökologischen Anforderungen der Gesellschaft verlaufen.

Wir treten für eine **Infrastrukturoffensive** ein, die den Bestand ansässiger Unternehmen sichert sowie Unternehmenserweiterungen und -neugründung fördert. Infrastruktur umfasst dabei einerseits die Verbesserung der Verkehrs- und Entsorgungsbedingungen sowie die Flächenvorhaltungen für Neuansiedlungen, darunter auch Großansiedlungen. Andererseits geht es um den Erhalt und Ausbau der Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie um die soziokulturellen Standortfaktoren wie Theater, Museen und andere Kultureinrichtungen, die bedarfsgerechte Bereitstellung von Kindertagesstätten und Gesundheitseinrichtungen. Stadtbau und Wohnumfeldgestaltung sind Schwerpunkte bei der Entwicklung der Infrastruktur. Die Grundzüge und Verfahren hierfür sind im Landesentwicklungsplan festzuschreiben.

Die Förderquoten für Infrastrukturmaßnahmen sind auf 90 Prozent zu erhöhen. Die PDS setzt sich für klein- und mittelständische Unternehmen, insbesondere durch Maßnahmen zur Kapitalausstattung und finanzieller Unterstützung ein.

Das Programm „Thüringen-Kapital“ ist neu zu bewerten, und gleichzeitig wird

ein revolvierender Fonds eingerichtet. Die Thüringer PDS ist für die Schaffung einer Mittelstandsbank als Hausbank für klein- und mittelständige Unternehmen. Land- und Forstwirtschaft spielen für die Thüringer PDS eine wesentliche Rolle beim nachhaltigen Umbau der Wirtschaft. Bereits heute schafft sie mit ihren qualitativ hochwertigen Produkten die Voraussetzung, dass die Ernährungsbranche Thüringens bedeutendster Wirtschaftszweig ist. Vor allem durch die europäische Agrarpolitik, aber auch durch das Preisdiktat des Lebensmittelgroßhandels verschlechtert sich die Einkommenssituation der Beschäftigten in der Landwirtschaft und deren vor- und nachgelagerten Bereiche.

Die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel und Rohstoffe sowie Energieträger muss die Anerkennung auch durch existenzsichernde Einkommen der Beschäftigten finden. Eine flächendeckende Landbewirtschaftung mit verbesserter Fruchtfolge und eine nachhaltige Forstwirtschaft besitzen dabei für die PDS eine hohe Priorität. Damit wird auch die Entwicklung ländlicher Räume verbessert, regionale Wirtschaftskreisläufe können geschlossen werden und das Geld bleibt in den Regionen. Eine gläserne Produktion vom Feld und dem Stall bis zur Ladentheke muss das Vertrauen zwischen Erzeuger und Verbraucher weiter stärken.

Zur Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe ist ein Landesförderprogramm aufzulegen.

Nachhaltige Energiepolitik muss zunehmend auf die Nutzung regenerativer Energiequellen ausgerichtet sein. Künftig wird die Nutzung von Biomasse, hierbei insbesondere Holz, eine große Rolle in Thüringen spielen.

Gerade die öffentliche Hand hat für die energetische Nutzung des Waldes und die Nutzung erneuerbarer Energien eine unmittelbare Verantwortung. Wasserkraft ist in Thüringen nahezu ausgeschöpft. Reserven sehen wir in der intensiveren Nutzung der Talsperren.

Im Zusammenhang mit der Errichtung von Windkraftanlagen sind mehr Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger während der Planungsphase sowie eine verbindliche Beachtung der Eignungsräume notwendig.

Bei der Nutzung von Klär- und Deponiegas sieht die PDS noch ungenutzte Potentiale. Große Hoffnungen setzt die PDS in die Weiterentwicklung der Fotovoltaik.

Der größte Ausstoß klimarelevanter Gase in Thüringen geht auf das Konto des PKW- und LKW-Verkehrs. Deshalb ist eine radikale Umstrukturierung der Verkehrspolitik unerlässlich. Insbesondere der **öffentliche Personennahverkehr** (ÖPNV) ist finanziell und strukturell so zu fördern, dass er attraktiver und eine tatsächliche Alternative zum Individualverkehr wird. Dazu gehören u. a. Pünkt-

lichkeit, Sauberkeit, Vertaktung, bezahlbare Beförderungstarife und Service.

Die Verkehrsplanung ist stärker in die Raumordnungs- und Stadtplanung zu integrieren. Dabei setzt die PDS auf das Konzept der kurzen Wege und der Verkehrsberuhigung. Hauptnutzer des ÖPNV sind Frauen. Deshalb muss er sich ihren spezifischen Bedürfnissen anpassen.

Die Träger des ÖPNV müssen selbst entscheiden können, in welcher Organisationsform sie den Nahverkehr realisieren.

Güterverkehr ist vorrangig auf der Schiene zu konzentrieren. Es sind regionale Verkehrskonzepte vonnöten, die den umweltpolitischen Erfordernissen der Zeit entsprechen. Hierzu gehören Fragen der Geschwindigkeitsbegrenzung und Emissionsminderung. Verkehrssicherheit ist das Problem der ganzen Gesellschaft.

Die PDS fordert mutige Neuregelungen wie: Weg mit der Alkoholtoleranz, Schluss mit der ungehinderten Raserei. Jede Geschwindigkeitskontrolle ist willkommen, weil sie hilft, Leben zu schützen. Mehr Sicherheit durch Sichtbarkeit – Fahren mit Licht am Tage wird zur Regel. Die PDS fordert ein Verkehrssicherheitsprogramm für Thüringen.

Zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik gehört für die PDS der sparsame Umgang mit **natürlichen Ressourcen**. Besondere Bedeutung hat dabei der Bodenschutz. Deshalb ist es nicht zu akzeptieren, dass in Thüringen eine ständig sinkende Zahl von Einwohnern immer mehr versiegelte Fläche benötigt.

Die PDS setzt sich für die konsequente Nutzung von Altstandorten für Wirtschaftsansiedlungen ein. Dadurch wird eine Einsparung von Erschließungskosten erreicht, Wege zur Arbeit werden kürzer. Bauen in Überschwemmungsgebieten sollte zukünftig nicht mehr möglich sein.

Im Baubereich können Ressourcen durch den Einsatz nachwachsender Rohstoffe wie Holz geschont werden. Maßnahmen der Dämmung, die energetisch optimale Ausrichtung von Gebäuden und die Nutzung erneuerbarer Energien zu Heizzwecken sind zu unterstützen.

Für die Nutzung von anfallendem Regenwasser als Brauchwasser müssen Anreize geschaffen werden. Zur Bereitstellung von Trinkwasser sind örtliche Dargebote zu erhalten.

Die Versorgung mit dem Lebensmittel Nummer eins darf nicht privatisiert werden.

Die Abwasserbehandlung ist Ressourcenschutz, jedoch muss sie ökonomisch sinnvoll und sozial verträglich durchgeführt werden. Im ländlichen Bereich sind dezentrale Abwasserbehandlungsanlagen, wenn diese aus ökologischer und betriebswirtschaftlicher Sicht günstiger sind als zentrale Einrichtungen, vorrangig zu nutzen. Die Bestimmungen zum Anschluss- und Benutzerzwang sind im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten zu lockern.

Eine Privatisierung der Wasserver- und Abwasserentsorgung lehnt die Thüringer PDS ab. Diese Aufgaben müssen als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge realisiert werden. Dabei ist eine umfassende Bürgerbeteiligung zu sichern. Die Kostenbeteiligung der Bürger ist verbrauchsabhängig zu gestalten.

Besondere Aufmerksamkeit ist der Pflege und Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung zu widmen. Hier sollten die Gemeinden im Rahmen der kommunalen Gemeinschaftsarbeit enger zusammenwirken. Das Land muss hierfür den Kommunen Finanzhilfen zur Verfügung stellen, da bei der Aufgabenübertragung das Konnexitätsprinzip missachtet wurde.

Abfallvermeidung und -verwertung sind Beiträge zum Ressourcenschutz. Die Strategien für die Verwertung sind künftig verstärkt darauf zu orientieren, dass energetisch sinnvolle stoffliche Nutzungsverfahren entwickelt werden. Müllverbrennung ist und bleibt keine Verwertung, sondern eine Form der Beseitigung – dies lehnen wir ab! Die Abfallgebührengestaltung soll so erfolgen, dass Anreize zur Abfallvermeidung und -verwertung geschaffen werden.

Die Artenvielfalt in Flora und Fauna ist eine Ressource, die besondere Aufmerksamkeit verdient. Viele Pflanzenarten sind in Thüringen bedroht und können zum Teil nur noch mit Hilfe des Vertragsnaturschutzes erhalten werden. Die PDS ist für die Bildung von Unternehmen, die für die **Pflege schützenswerter und nicht durch die Landwirtschaft bewirtschafteter Lebensräume** Mittel aus dem Kulturlandschaftsprogramm erhalten können.

Bei von der EU geforderten Nachmeldung von FFH-Gebieten (Flora- Fauna-Habitat) sind Betroffene, Kommunen und Verbände zu beteiligen.

Die Entwicklung der bestehenden Biosphärenreservate, wie z. B. die Rhön und das Vessertal, sollen weiter gefördert werden. Das gilt auch für regional bedeutsame Naturschutzprojekte. Besondere Aufmerksamkeit muss dem Nationalpark Hainich gelten. Gemeinsam mit den Hainich-Kommunen gilt es, den Thüringer Nationalpark weiter zu entwickeln und seine Potenzen zielgerichteter zu nutzen.

Die PDS Thüringen unterstützt die Einrichtung des Biosphärenreservates Harz. Ressourcenschonung heißt für die PDS, einzigartige Landschaften, wie das

Gipskarstgebiet am Südharz, zu erhalten und zu schützen. Bei der Rohstoffgewinnung müssen die Belange der Umweltverträglichkeit ein hohes Gewicht erhalten. Forschungsprojekte zur Ersetzung natürlicher Ressourcen sind stärker zu fördern.

Die **Regionen und die Kommunen** müssen im Rahmen ihrer Verantwortung für die Regionalentwicklung bzw. ihrer Selbstverwaltung Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik dort wirksam werden, wo Menschen leben, wo Ressourcen genutzt werden und wo Produkte und Leistungen entstehen.

Die PDS tritt dafür ein, diese Fragen und Probleme in die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes aufzunehmen und die Mitwirkung des Landtages zu stärken. Regionalentwicklung darf nicht von kurzfristigem Denken innerhalb von Wahlperioden geleitet werden, sondern muss den Ansprüchen von zukunftsfähiger Politik gerecht werden.

Die PDS tritt für die Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner an der Erarbeitung von Konzepten und Regularien ein, die darauf gerichtet sind, das Lohnniveau deutlich zu verbessern, der Abwanderung zielgerichtet entgegenzuwirken, die Arbeitnehmer in unternehmerische Entscheidungen stärker einzubeziehen und die Förderinstrumentarien, Verordnungen und Richtlinien zu überprüfen. So verstehen wir die **Schaffung von Modellregionen als Innovationszonen**.

Die Thüringer PDS erachtet die Tourismuspolitik als einen bedeutsamen Bestandteil der Landespolitik.

Im Interesse höherer Effizienz beim Einsatz finanzieller Mittel der Tourismusförderung sind Projekte der interkommunalen Zusammenarbeit vorrangig zu fördern. Bei der Tourismusförderung ist stärker als bisher die Pflege des kulturellen Erbes und der Tradition zu berücksichtigen. Förderschwerpunkte sind zudem der Tourismus im ländlichen Raum sowie Kinder- und Jugendreisen.

Innovationsoffensive einleiten

Die wissenschaftlich-technische Kompetenz des „Standortes Thüringen“ ist für die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung stärker zu nutzen und zielgerichteter auszubauen. Die Innovationspolitik in Thüringen muss besonders auf die nachhaltige Modernisierung der Wirtschaft und die Zunahme der regionalen und technischen Kompetenz ausgerichtet werden.

Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung der marktorientierten Forschung (Schaffung betrieblicher Wissenschaftskapazitäten) und die Sicherung des Wissens- und Technologieaustausches durch Aufbau von Netzwerken und Clustern sowie von Innovations-, Technologie- und Gründerzentren.

Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen sind gerade in Thüringen Zentren innovativer Prozesse, die große wirtschaftliche Relevanz haben. Standortentscheidungen für Hochschulen bringen regionale Entwicklungspotenzen zum Tragen. Die Kapazitäten der Thüringer Fachhochschulen sind für Innovation und technisch-technologische Entwicklungen zu erschließen.

Für den außeruniversitären Forschungsbereich setzt sich die PDS für eine verlässliche langfristige Planung in der Förderung sowie Modellprojekte, die ein autonomes fiskalisches Handeln ermöglichen, ein.

Neben der weiteren Förderung in den regionalen Wachstumskernen (Ilmenau, Jena, Erfurt) wollen wir einen Nachteilsausgleich, insbesondere für Nord- und Ostthüringen.

Die PDS setzt sich dafür ein, ein **Innovationsförderprogramm** unter besonderer Berücksichtigung der Bedingungen der Klein- und Mittleren Unternehmen (KMU) aufzulegen. Die finanzielle Basis der KMU ist durch Formen der stillen Beteiligung der öffentlichen Hand, durch Gewährung zinsloser Darlehen mit der Möglichkeit der Umwandlung in Zuschüsse und durch steuerliche Maßnahmen in Abhängigkeit von der Eigenkapitalausstattung zu stärken. Handwerkskammern und IHK sind als Partner in diesen Prozess einzubeziehen.

*„Es gibt nur eines, was auf Dauer
teurer ist als Bildung:
keine Bildung.“*

John F. Kennedy

3. Ein neuer Aufbruch für Bildung und Kultur

Wir sehen Bildung und den Erwerb von Wissen nicht als Ware, sondern als Menschenrecht und öffentliches Gut.

Der chancengleiche und gerechte Zugang zu lebensbegleitender Bildung wird zu einer der wichtigsten sozialen und Menschenrechtsfragen des 21. Jahrhunderts!

Wir gehen davon aus, dass gemeinsam mit den Thüringerinnen und Thüringern das Bildungssystem verändert werden muss und kann. Diesen Prozess gilt es unverzüglich einzuleiten, um gegen soziale Ungerechtigkeit für mehr Chancengleichheit und Gerechtigkeit zu streiten.

Kultur ist für uns mehr als ein angenehmes Freizeitangebot. Sie ist unverzichtbar für die Entfaltung jedes einzelnen Menschen. An der Wertigkeit von Bildung und Kultur entscheidet sich der kulturelle Gehalt, der humanistische Sinn einer Gesellschaft.

Die Vielfalt der Bildungs- und Kulturangebote und eine wahrgenommene und ermöglichte kommunale Verantwortung sind wesentliche Grundpfeiler, auf denen sich eine Bildungs- und Kulturlandschaft entwickeln kann. Um sie zu gestalten und zu schützen, ist es notwendig, gemeinsam mit allen an Bildungs- und Kulturprozessen Beteiligten und Interessierten dem neoliberalen Zeitgeist entgegenzuwirken.

Auf den Anfang kommt es an

Bildung, Erziehung, Betreuung und Unterstützung von Kindern beginnt in der Familie und wird altersgerecht in den Tagesstätten für Kinder ergänzt.

Neben einer engen Verzahnung von vorschulischer und schulischer Bildung und Erziehung legt die **ganzheitliche Frühförderung** Grundlagen für lebensbegleitendes Lernen. Musische, künstlerische, sportliche, naturwissenschaftlich-technische Interessen usw. müssen von Beginn an gefördert werden.

Der Stellenwert der Kitas hat sich in den vergangenen Jahren erhöht. Um die Bedarfsdeckung von Kinderkrippen und Kindergärten flächendeckend in Thüringen zu gewährleisten bzw. weiter auszubauen, ist es notwendig, dass eine Drittelfinanzierung durch Bund, Land und Kommune angestrebt wird.

Die PDS Thüringen setzt sich dafür ein, dass jedes Kind einen Rechtsanspruch auf

einen Kinderkrippenplatz hat. Gleichzeitig soll gewährleistet werden, dass die Anzahl von integrativen Einrichtungen erhöht wird.

Um den Übergang vom Kindergarten zur Schule für Kinder zu erleichtern, ist es notwendig, dass verbindliche Regelungen zu frühkindlicher Bildung formuliert werden. Gleichzeitig sind kleinere Gruppen zu bilden und mehr Erzieherinnen und Erzieher einzustellen. Um der besonderen Bedeutung frühkindlicher Bildung gerecht zu werden, setzen wir uns für die Einführung eines **Fachhochschulstudiums für Erzieherinnen und Erzieher** ein.

Der Investitionsstau in den freien sowie kommunalen Kindergärten ist kurzfristig abzubauen. Dazu ist es notwendig, dass ein neues Investitionsprogramm für Kindertagesstätten des Landes aufgelegt wird.

Längeres gemeinsames Lernen

Das Schulsystem kann auf Landesebene verändert werden. Die PDS Thüringen will eine Schulpolitik gestalten, die einem demokratischen und zukunftsgerichteten Anspruch gerecht wird. Die PDS versteht Bildung als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Dazu gehört die freie Wahl der Bildungsgänge.

Die frühe Trennung der Schülerinnen und Schüler in Thüringen nach der Klassenstufe vier hin zu Regelschule und Gymnasium muss aufgehoben werden. Weder Kind noch Eltern sollen nach der Klasse vier entscheiden müssen, welche Laufbahn den Fähigkeiten des Kindes entspricht.

Die PDS tritt für ein **längeres gemeinsames Lernen** aller Schülerinnen und Schüler in Thüringen bis zur Klassenstufe 8 ein. Dies ermöglicht, soziale Kompetenz und Toleranz bei Anerkennung individueller Verschiedenheit stärker zu entwickeln. Ein deutschlandweit einheitliches Schulsystem ist längerfristig anzustreben.

Die PDS setzt sich für die **Wiedereinführung der Klassenleiterstunde** ein, die dazu beitragen soll, Zeit für den vertrauensvollen Kontakt zwischen Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern und gleichzeitig ein produktives Schulklima zu schaffen.

In jeder Schule muss die **Integration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen** grundsätzlich möglich sein. Die Wahl der Schulart, der Schulform und des Bildungsganges soll nicht länger vom sonderpädagogischen Förderbedarf des Kindes abhängen. Die Möglichkeit integrativer Beschulung in jeder Schule für jedes Kind sowie die entsprechenden Rahmenbedingungen müssen gesetzlich festgeschrieben werden.

Lernen in Ganztagschulen

Die Gestaltung des Lern- und Lebensraums Schule erfordert ganztägige Angebote. Neben dem Lernen im Unterricht gehören interkulturelle, kreative und experimentelle Lernerfahrungen in unterrichtsfreier Zeit zur ganzheitlichen Bildung und Erziehung. Durch offene Schulen können unterschiedliche Formen eines lebensbegleitenden Bildungsprozesses gestaltet werden.

Die PDS Thüringen unterstützt die **Ausweitung der Schulsozialarbeit** an allen Thüringer Schulen und die Unterstützung der Kooperation von Schule und Trägern der Jugendhilfe vor Ort. Schulen sollen sich verstärkt zum Gemeinwesen hin öffnen können und als Ort der Kommunikation verschiedenen Generationen und Gruppen dienen.

Die PDS fordert die Einführung einer Schulpflicht für Kinder von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen sowie Flüchtlingen. Integrationsangebote und -hilfen sind dabei als Voraussetzung zu gewährleisten. Durch Schüler- und Jugendaustausch sowie Ausbau und Finanzierung entsprechender Kultur- und Bildungszentren sollen der „Eine-Welt-Gedanke“ und die europäische Integration gefördert werden. Beides stärkt die Toleranz gegenüber dem Anders-Sein, ist ein wirksamer Beitrag gegen Gewalt und Rechtsextremismus und stärkt damit die Demokratie.

Demokratie in der Schule erleben, heißt selbständig entscheiden

Schülerinnen und Schüler, Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen müssen an der Profilierung und Gestaltung ihrer Schule viel mehr beteiligt werden. Heranwachsende brauchen nicht nur das Recht zur Mitbestimmung, sondern müssen sie gerade in der Schule erleben und erlernen können.

Insbesondere sind **Schulkonferenzen zu Orten des gleichberechtigten Mitwirkens** von Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie Pädagoginnen und Pädagogen weiter ausprägen. Mitentscheidungsrechte für Schüler- und Elternvertretungen sind dringend auszubauen.

Jede Schule muss deutlich mehr Selbstständigkeit erhalten und ist dabei auf die Mitwirkung aller Beteiligten am Bildungsprozess angewiesen. Selbstständigkeit der Schule heißt für die PDS Thüringen, dass Schulen im Rahmen der staatlichen Verantwortung mehr Freiräume für die Gestaltung, Planung und Durchführung des Unterrichts erhalten. Ihren pädagogischen Konzepten und finanziellen Mitteln entsprechend sollen sie ihre Lehrerinnen und Lehrer selbst auswählen können.

Für den chancengleichen Zugang zu schulischer Bildung sind wohnortnahe, barrierefreie und offene Schulen unbedingt erforderlich. Gleichzeitig unterstützen modern ausgestattete Schulen den Bildungs- und Erziehungsprozess positiv. Im Rahmen der Verlagerung von Verantwortung für Schule in die Kommunen und höherer Selbständigkeit der Schule soll die Trennung von Schulverwaltungs- und Schulämtern überwunden werden.

Lehrerinnen und Lehrer bilden, motivieren, anerkennen

Für eine gesicherte Qualität der schulischen Angebote fordert die PDS eine **Reform der Lehrerausbildung**, durch die Lehramtsstudierende mehr Professionalität, Kommunikations- und Teamfähigkeit erwerben können. Deshalb ist im ersten Ausbildungsabschnitt die Praxisnähe zu verstärken. Das Verhältnis von fachwissenschaftlicher und pädagogischer Ausbildung ist ausgewogener zu gestalten. Insbesondere sind Methodik, Didaktik und Diagnostik stärker zu betonen. Gleiches gilt auch für die Fort- und Weiterbildung von Pädagoginnen und Pädagogen.

Die PDS setzt sich für die Verbesserung der **öffentliche Anerkennung und Akzeptanz pädagogischer Berufe** ein. Voraussetzung dafür und für eine gleichzeitige Sicherung der Qualität von Bildungsangeboten ist ein langfristig angelegtes Personalentwicklungskonzept des Landes, das Perspektiven und Chancen im Thüringer Schulwesen bietet, vor allem für junge Pädagoginnen und Pädagogen.

Unterrichtsausfall, Einstellungsstopp und drohender Lehrermangel tragen nicht zur Verbesserung der Bildungsqualität bei. Ein Schwerpunkt muss es in den nächsten Jahren sein, mehr Männer für den Lehrerberuf zu gewinnen. Dies gilt im Besonderen für den Grundschulbereich.

Für das Leben lernen

Moderne Unterrichtsinhalte, die auf abgesicherte neue Erkenntnisse reagieren, neue Unterrichtsmethoden und -mittel neben bewährten, erlauben eine höhere **individuelle Bildungs- und Betreuungsarbeit** durch die Pädagoginnen und Pädagogen.

Um auf den Alltag und die Anforderungen nach der Schule vorbereiten zu können, sollen Recht, Medizin und Gesundheit, Ökologie und Ökonomie sowie Technologie, Medien und politische Bildung fächerübergreifend als Lernfelder Eingang in die

Schulen finden. Wir setzen uns dafür ein, dass sich in der Schule Alltagskompetenz entwickeln kann.

Die PDS spricht sich für das **polytechnische Prinzip** in einem modern gestalteten praxisnahen Unterricht aus. Ein solcher Unterricht ist für uns gleichzeitig wichtiger Beitrag für eine langfristige Vorbereitung der Berufswahl, andererseits auch Teil von Allgemeinbildung. In Zusammenarbeit mit den Kammern und überbetrieblichen Ausbildungszentren sollen Kapazitäten für einen flexibel organisierten polytechnischen Unterricht erschlossen werden.

Einer Verbesserung der Berufsorientierung und -beratung junger Menschen im Kontakt von Schule, Kammern und Arbeitsämtern kommt hohe Priorität zu. Dabei ist besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass Mädchen verstärkt für Zukunftsberufe gewonnen werden und bei der Bewerbung vermehrt Chancen auf einen solchen Ausbildungsplatz haben.

Das Recht der freien Berufswahl muss für jeden Heranwachsenden gewährleistet sein. Dabei ist eine **kostenlose berufliche Erstausbildung** zu einem qualifizierten Berufsabschluss und gleichzeitig eine tariflich gezahlte Ausbildungsvergütung zu garantieren.

Wir setzen uns für die gesetzliche Regelung zur Bildung von Interessenvertretungen für Jugendliche in überbetrieblicher Ausbildung ein. Wir fordern Verbesserung der Qualität der beruflichen Bildung, der Lernbedingungen an Berufsschulen sowie Benachteiligtenförderung und Beseitigung des Unterrichtsausfalls.

Zukunftsfähige Ausbildungsplätze

Die PDS orientiert auf die Schaffung von betrieblichen Ausbildungsplätzen, vorrangig in zukunftsträchtigen Bereichen zur Erhöhung der Chance, nach Ausbildungsabschluss eine Beschäftigung zu erhalten. Eine direkt **an die Ausbildung angeschlossene Weiterbeschäftigung** würde es den jungen Menschen ermöglichen, weitere Fähigkeiten und Fertigkeiten zu sammeln.

Dabei sind junge Frauen besonders zu berücksichtigen. Gleichzeitig gilt es, die Zahl der Betriebe mit Ausbildungsberechtigung zu erhöhen, ohne die Qualitätsstandards der Ausbildung zu senken.

Zur Finanzierung der betrieblichen Berufsausbildung plädiert die PDS für das Modell einer **Umlagefinanzierung**, für die es in einzelnen Branchen bereits Vorbilder gibt.

Darüber hinaus sind die Arbeitskräfte in Abstimmung zwischen Arbeitsverwaltung und Wirtschaft so aus- und weiterzubilden, dass sie den Ansprüchen an Arbeitsinhalten und -anforderungen entsprechen.

Durch abgestimmte Maßnahmen zwischen Schulen und Unternehmen (Betriebspraktika, Aufbau von Versuchsständen) ist der wissenschaftlich-technische Nachwuchs für betriebliche Aufgaben zu interessieren und in der weiteren Ausbildung, insbesondere über die Berufsakademien, an die Unternehmen zu binden.

Betriebe sollen verstärkt für Frauenförderung sensibilisiert werden.

Die PDS sieht für die Durchführung von Praktika von Studierenden in Unternehmen Handlungsbedarf bei der Arbeitsplatzausstattung und der Gewährleistung des Betreuungsaufwandes.

Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen

In einer sich rasch ändernden Gesellschaft ist lebensbegleitendes Lernen notwendig. Die PDS tritt dafür ein, dass Weiterbildung der öffentlichen Verantwortung unterliegen muss und der individuelle Wunsch nach Weiterbildung gefördert werden soll.

Sie fordert deshalb ein **Bildungsfreistellungsgesetz** für Thüringen.

Die Weiterbildung ist nicht nur als berufliche Weiterbildung auszugestalten. Weiterbildung im allgemein kulturellen und politischen Bereich erhält für die Gestaltung eines demokratisch organisierten Allgemeinwesens zunehmend an Bedeutung und ist insbesondere für ehrenamtlich Engagierte zu fördern.

Für die wissenschaftliche Weiterbildung sind zunehmend die Hochschulen in die Verantwortung zu nehmen, um stärker als bisher aktuelles Wissen zu vermitteln und die Gesellschaft auf einem insgesamt hohen Bildungsstand zu halten.

Die PDS wendet sich gegen die drastischen Kürzungen der Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen in Thüringen sowie die ausschließliche Ausrichtung auf berufliche Verwertbarkeit.

Kulturelle Vielfalt erhalten

Thüringen ist ein Land reicher Kultur, die weit über die Landesgrenzen hinaus wirkt.

Die PDS erarbeitet Eckpunkte für ein **Landeskulturkonzept**, um die historisch gewachsene und vielfältige Kulturlandschaft Thüringens für die eigene Identität und als touristischen Anziehungspunkt zu nutzen und für die Thüringer Zukunft fortzuentwickeln.

Ein Schwerpunkt ist dabei die Kulturstadt Weimar. Am Beispiel Weimars wird die Ambivalenz deutscher und internationaler Geschichte deutlich. Weimar ist keine kommunale Angelegenheit, wengleich im Zusammenwirken mit den kommunalen Entscheidungsträgern Möglichkeiten erschlossen werden müssen, diesen „kulturellen Leuchtturm“ zu fördern.

Eine weitere Aufgabe sieht die PDS im **Erhalt und der Festigung des breiten kulturellen Angebotes** in ganz Thüringen. Das betrifft sowohl die Vielfalt der Museen, der Theater und Orchester, der Bibliotheken, der soziokulturellen Zentren und der Gedenkstätten, als auch die vielfältigen Angebote der Musik und die Förderung von Literatur und Kunst.

Dazu gilt es, Vernetzungen und Synergieeffekte gezielt zu organisieren, denn die Möglichkeiten der Kooperation zwischen diesen Einrichtungen können bei gleichem Mitteleinsatz höhere Qualität und Akzeptanz in der Bevölkerung erzielen.

Wir stehen dafür, die Finanzierung durch mittelfristige Verträge bzw. Vereinbarungen mit den Einrichtungen abzusichern. Denkmalpflege ist für uns aktive Förderung der Kultur und des Mittelstandes.

Die PDS setzt sich für ein **Gesetz für Musik- und Kunstschulen** für Kinder sowie Jugendliche ein.

Der **Jugendkulturarbeit** wird die PDS besondere Aufmerksamkeit widmen.

Sie setzt sich für eine Stiftung in diesem Bereich ein, die es ermöglicht, neue Arbeitsplätze zu erschließen und damit das breitenkulturelle Netzwerk Thüringens zu festigen.

Das Projektmanagerprogramm im Kulturbereich gilt es schrittweise auszubauen.

Hochschulen auf hohem Niveau für die Zukunft

Für die PDS sind Freiheit von Wissenschaft und Forschung ebenso wie die angemessene personelle, finanzielle und materielle Ausstattung der Hochschulen Voraussetzung für eine gute Hochschulbildung.

Die PDS tritt für die Stärkung der Autonomie der Hochschulen und den Abbau der bürokratischen Steuerung durch das zuständige Ministerium ein. Die innere Demokratie der Hochschulen ist als unverzichtbare Voraussetzung für die Entwicklung ihrer Leistungsfähigkeit zu stärken.

Die Forschungsgegenstände sollen auf nachhaltige Zukunftssicherung gerichtet sein. Forschung stößt in Neuland vor und hat daher zwangsläufig mit Chancen und Risiken umzugehen. Dazu bedarf es der öffentlichen Diskussion und Vermittlung, um Verletzungen der Würde des Menschen auszuschließen.

In Deutschland ist eine Liberalisierung der ausländerrechtlichen Rahmenbedingungen für einen Aufenthalt ausländischer Studierender erforderlich. Bachelor-Absolventen sollten einen grundsätzlichen Anspruch auf direkten Zugang zu einem Master-Studium haben.

Den **Hochschulen als Ausbildungsstätten** künftiger hochqualifizierter Fachkräfte und eines qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses kommt eine individuell und gesellschaftlich zukunftsichernde Funktion zu.

Deshalb fordern wir die sofortige Nachbesserung des Thüringer „Hochschulpaktes“. Spitzenuniversitäten werden sich nur auf der Grundlage finanziell und personell sehr gut ausgestatteter Hochschulen entwickeln.

Die PDS fordert: Keine finanziellen Zugangsbegrenzungen über Studiengebühren zum Hochschulstudium. **Wir lehnen Studiengebühren ab.** Wir setzen uns dafür ein, dass Bedingungen geschaffen werden, die es Studierenden ermöglicht, ihr Studium in der Regelstudienzeit abzuschließen.

Hochschulreife soll auch künftig vorrangig durch das Abitur nachgewiesen werden. Eignungsfeststellungsverfahren und Aufnahmeprüfungen sollen nur in begründeten Fällen erfolgen.

Studentinnen und Studenten haben das Recht, sich ihre Hochschule und den Studiengang selbst auszuwählen und nicht umgekehrt.

Wir fordern die verbindliche Realisierung der im Landeshochschulplan vorgesehenen Projekte im Hochschulbau. Thüringen braucht eine Personalausstattung, vor allem im Mittelbau, die den gewachsenen Studierendenzahlen entspricht, d. h.,

attraktive Stellen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie gute Bedingungen für Studierende.

Finanzierungsverträge mit Hochschulen müssen sich am realen Bedarf und nicht an betriebswirtschaftlichen Modellen orientieren.

Wir fordern die **verstärkte Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern** sowie die Gewährung von Planungssicherheit an den Hochschulen und Eröffnung von Wachstumspotentialen.

Verbindliche Zielvorgaben zu Frauenanteilen, insbesondere bezüglich von Neuberufungen von Professorinnen an den Hochschulen sind nötig, um Gleichstellung besser als bisher umzusetzen. Gleichstellungsbeauftragte sollen ein Mitbestimmungsrecht in den Berufungskommissionen erhalten.

Des weiteren ist es notwendig, **Frauenförderung an Hochschulen** in allen Bereichen auszuweiten. Dies betrifft u.a. die Fragen von Unterstützungen bei Promotionen ebenso wie die bessere Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Tätigkeit.

Daher setzen wir uns für Kindertagesstätten an allen Hochschulen in Thüringen ein. Die Studentenwerke sind von weiteren Kürzungen auszunehmen und entsprechend ihrer Aufgabenstellungen finanziell auszustatten.

Geld für Bildung und Kultur muss sein

Ein durch Chancengleichheit gekennzeichnetes Bildungskonzept kostet Geld.

Die PDS sieht in der Bildungsfinanzierung materielle und finanzielle Rahmenbedingungen sowie eine notwendige Zukunftsinvestition für unsere Gesellschaft.

Bildung und Kultur sollen eine gesellschaftliche Daseinsfürsorge bleiben. Sie sind Voraussetzung für das Funktionieren demokratischer Prozesse und Strukturen.

Die PDS hält eine Prioritätensetzung in der Haushaltssatzung von Bund und Ländern für zwingend erforderlich.

Medienmacht macht Politik

Medien müssen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, sich allseitig zu informieren und zu äußern, sie müssen Aufklärungs-, Bildungs- und Kulturprozesse befördern. Zum Faktor demokratischer Meinungsbildung werden sie erst dann, wenn sie zur Kontrolle privater und staatlicher Macht und zur Beteiligung an politischen Entscheidungen befähigen. Die PDS wendet sich gegen jugendgefährdende und frauenfeindliche Inhalte in den Medien.

Die PDS fordert, dass der **öffentlich-rechtliche Rundfunk gestärkt** wird und im Bereich der neuen Rundfunkübertragungswege auch Möglichkeiten einer umfassenden Bestands- und Entwicklungsgarantie erhält.

Die PDS tritt dafür ein, dass der Einfluss der Politik in den Aufsichtsgremien zugunsten gesellschaftlicher Gruppen zurückgedrängt wird und die Kompetenzen und Kontrollrechte der Aufsichtsgremien gestärkt werden. Die PDS fordert die zügige Realisierung des Medienapplikations- und Gründerzentrums am Standort Erfurt. Der Kinderkanal wird damit deutlich gestärkt und schafft weitere Möglichkeiten zum Erwerb von Medienkompetenzen bei Kindern und Erwachsenen.

Die PDS unterstützt in besonderem Umfang den Erhalt und die Entwicklung der **„Bürgermedien“**. Sie ermöglichen allen Interessierten, sich mit selbstbestimmten Inhalten, eigenen Meinungen und Anliegen an die regionale und lokale Öffentlichkeit zu wenden. Bürgermedien leisten einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung von Medienkompetenz. Dieses Potential muss angemessen konzeptionell und finanziell durch die Landesmedienanstalt unterstützt und verknüpft werden. Bürgermedien bedürfen im Prozess der Digitalisierung einer angemessenen technischen Ausstattung und gleichberechtigter Zugänge.

Die PDS fordert im Bereich der Bürgermedien die finanzielle Gleichbehandlung und gleichberechtigte Frequenzvergabe an offene Kanäle und nichtkommerzielle Lokalradios.

Um Medienkompetenz zu entwickeln, muss es einen ungehinderten Zugang zum Internet in Hochschulen, Bibliotheken sowie in kommunalen Einrichtungen geben. Dabei sind gerade bei neuen Medien besondere Angebote an Mädchen und Frauen zu richten.

Wir setzen uns für **demokratische Redaktionsstatuten** zur Sicherung der inneren Pressefreiheit in den elektronischen- und Printmedien ein. Zur Gewährleistung von Meinungs- und Pressefreiheit sind alle landesgesetzlichen Einschränkungen, insbesondere die Erlaubnis zum Abhören von Journalistinnen und Journalisten, aufzuheben.

*„Es werden so viele schöne
Worte über Freiheit geredet,
aber nichts in der Welt macht
so unfrei wie Armut.“*

Martin Andersen-Nexø

4. Sozialpolitik für Lebensqualität in Thüringen

Die PDS versteht unter Gestaltung von Sozialpolitik die Gewährleistung der sozialen Daseinsvorsorge als ein Teil der Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger.

Unsere Sozialpolitik hat das Ziel, dass soziale Ungerechtigkeiten, Ungleichheiten und Benachteiligungen für die Menschen abgebaut werden. Deshalb betrachten wir **Sozialpolitik als eine ganzheitliche Politik** zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit. Die Führung eines selbstbestimmten Lebens ist ein grundsätzliches Menschenrecht.

Wir treten für die Rückkehr zum Sozialstaat auf der Grundlage des Solidarprinzips ein.

Die PDS tritt dafür ein, dass Betreuungs- und Hilfeleistungen für jede Bürgerin und jeden Bürger durch Land und Kommune unter Einbeziehung der freien Wohlfahrtspflege vorgehalten werden. Das erfordert das Vorhalten einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur, die auf Prävention, Qualität und Effektivität ausgerichtet ist sowie zielgruppenorientierte und regionale Schwerpunkte beachtet.

Die PDS steht für eine Trägervielfalt und für die Selbstverwaltung sozialer Leistungsangebote im Land, ohne den Rückzug der Politik aus der Verantwortung zuzulassen.

Soziale Grundsicherung einführen

Die Gesellschaft ist in arm und reich, in Beschäftigte und Arbeitslose, in Kranke und Gesunde geteilt. Die Gegensätze werden immer schärfer.

Auch in Thüringen steigt die Zahl der Arbeitslosen sowie Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger ständig weiter an. Besonders dramatisch ist die zunehmende Kinderarmut, weil sie soziale Ausgrenzung vererbt und so eine dauerhafte Armutsbevölkerung etabliert.

Aus diesem Grunde ist es unbedingt notwendig, dass sich die PDS für eine Thüringer Bundesratsinitiative zur Einführung einer **bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung**, die ein menschenwürdiges Leben für alle ermöglicht, einsetzt. Wer über kein eigenes bzw. zu geringes Einkommen verfügt, soll eine soziale Grundsicherung erhalten, die Armut und Ausgrenzung verhindert.

Wir wollen eine **regelmäßige Sozialberichterstattung** auf Landes- und kommunaler Ebene als Grundlage für eine zielgerichtete, an den realen Problemen orientierte Sozialplanung und Mittelbereitstellung. Sie bringt Benachteiligungen und deren Ursachen zum Ausdruck und ermöglicht die öffentliche Debatte sowie Konsequenzen zur Erhaltung des Sozialstaatsgebots.

Armuts- und Reichtumsberichte sollten spezielle Elemente der Sozialberichte sein, die die Polarisierung der sozialen Situation darstellen.

Leistungsgesetze des Landes für den sozialen Bereich, wie das Blindengeldgesetz, das Kindertagesstättengesetz, die Gewährung von Erziehungsgeld müssen erhalten werden und nachhaltig Armut und Ausgrenzung verhindern.

Um den Kommunen mehr Spielraum für die Lösung ihrer ureigensten Aufgaben zur Gewährleistung der sozialen Daseinsvorsorge zu ermöglichen, wollen wir eine **Neufestlegung des Sozialhilfelastenausgleiches**.

Die PDS sieht in der demokratischen Einbeziehung von Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden sowie Betroffenenvertretungen, von „Runden Tischen der sozialen Verantwortung“, dem „Thüringer Arbeitslosenparlament“ sowie der „Thüringer Armutskonferenz“ in die Sozialplanung und die Erarbeitung sozialer Standards große Chancen für problembewusste und zielorientierte Mitwirkung.

Gesundheitswesen solidarisch finanzieren

Die PDS tritt für ein Gesundheitswesen ein, welches nicht zur Zweiklassenmedizin verkommt, dass das solidarisch und paritätisch finanzierte System der gesetzlichen Krankenversicherung weiter entwickelt und für alle gleichermaßen zugängliche Gesundheitsversorgung, einschließlich Vorbeugung, Nachsorge und Rehabilitation sichert.

Die PDS ist die einzige Partei, die konsequent die Grundprinzipien der gesetzlichen Krankenversicherung bewahrt – Bedarfprinzip, Solidarprinzip, Sachleistungsprinzip und paritätische Finanzierung.

Deshalb fordert sie auch die Stärkung der Einnahmen durch die Ausweitung der Finanzierungsbasis über die Einbeziehung aller Einkünfte und Erwerbstätigen, eine Neudefinition der Beitragsbemessungsgrenzen und die Beteiligung von Unternehmen nach ihrer Wertschöpfung.

Rahmenbedingungen für Gesundheitspolitik werden nicht nur vom Bund

vorgegeben, sondern Landespolitik hat die Verantwortung, ihre Gestaltungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Kernstück für Gesundheit und Zukunftsfähigkeit ist die **Chancengleichheit** für alle Menschen.

Deshalb ist eine **allumfassende Gesundheitsvorsorge** in allen Lebensphasen – vom Kind, Jugendlichen bis zum Erwachsenen und alten Menschen – zu gewährleisten.

Die PDS tritt für die **Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes** (ÖGD) ein, um die Gesundheitsinteressen sozial und gesellschaftlich benachteiligter Bevölkerungsschichten und -gruppen besser wahrzunehmen. Eine regelmäßige Gesundheitsberichterstattung der Landesregierung soll insbesondere über die gesundheitliche Situation der Kinder und Jugendlichen Auskunft geben.

Wir fordern eine **Festlegung von Gesundheitszielen** für Thüringen und Gesundheitskonferenzen mit allen Akteuren, um zu einer stärkeren Herausbildung von Gesundheitsbewusstsein unter der Bevölkerung beizutragen. Dabei sind Kindertageseinrichtungen, Schulen, Berufsschulen und Betriebe bzw. Unternehmen einzubeziehen und die private Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen.

Die ambulante Versorgung in Thüringen ist gekennzeichnet durch die Tätigkeit der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte. Sie haben in Thüringen, verglichen mit ihren westdeutschen Kollegen, 12 Prozent mehr Patienten zu versorgen bei etwa 80 Prozent des Einkommens. Der Tatsache, dass es in den nächsten Jahren in Folge der Überalterung der Ärzteschaft zu einer Unterversorgung – insbesondere bei Allgemeinmedizinern – in Thüringen kommen wird, muss entgegengesteuert werden.

Die PDS tritt für die **Angleichung der Honorierung zwischen Ost und West** und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der im Gesundheitswesen Tätigen ein, um die Abwanderung junger Ärztinnen und Ärzte zu stoppen.

Die PDS tritt dafür ein, medizinische Versorgungszentren und Polikliniken sowie die Kooperation von medizinischen Dienstleistungen zu fördern und insbesondere im ländlichen Bereich zielgerichtet zu unterstützen.

Im Krankenhaussektor hat sich die Trägerstruktur in den letzten Jahren zugunsten der privaten Träger verändert. Gemeinnützige, aber vor allem kommunale Träger, werden immer mehr verdrängt.

Die PDS stellt sich dem weiteren Verkauf von Anteilen oder der vollständigen Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen entgegen. Sie fordert, dass kommunale Krankenhäuser über Änderungen von Landesrahmenbedingungen, wie Landeshaushaltsordnung, die Möglichkeit erhalten, notwendige Investitionen

durchzuführen und neue Formen der Kooperation zu entwickeln.

Die PDS fordert die **Einrichtung eines Lehrstuhls für Allgemeinmedizin** an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena und den Erhalt ihres Klinikums in Landeshoheit.

Menschenwürdige Pflege

Die PDS setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass es zu einer Weiterentwicklung der Pflegeversicherung mit dem Ziel der leistungsrechtlichen Absicherung einer ganzheitlichen, zuwendungsorientierten und auf Rehabilitation ausgerichteten Pflege und gerontopsychiatrischen Versorgung kommt. Pflege muss ein Leben in Selbstbestimmung und Würde gewährleisten. Die individuellen Bedürfnisse der zu Pflegenden sind zu sichern.

Die PDS befürwortet eine **Beibehaltung der Umlageversicherung** und lehnt eine private kapitalgedeckte Pflegeversicherung ab. Wir sind im Hinblick auf eine Modernisierung der Pflegeversicherung für die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen mit dem Ziel ihrer gänzlichen Abschaffung, der Erweiterung des Versichertenkreises und die Einbeziehung aller Einkommensarten in die Beitragsberechnung bzw. -bemessung.

Die PDS tritt für eine **Dynamisierung der Leistungspauschalen** (Pflegegeld in allen Pflegestufen) der Pflegeversicherung ein, um die Bezahlbarkeit von Pflegeleistungen langfristig zu sichern und somit pflegebedingte Sozialhilfebedürftigkeit zu vermeiden.

Durch eine **Neugestaltung der Leistungskataloge** können die individuellen Pflegebedürfnisse der zu Pflegenden und ihrer Angehörigen besser erfüllt werden. Eine Verschiebung von Leistungen von Krankenkassen zu Lasten der Pflegekasse ist zu beenden. Die hohe Qualität in der Pflege setzt eine leistungsgerechte tarifliche Vergütung des Pflegepersonals voraus.

Eine stärkere Berücksichtigung der pflegespezifischen Besonderheiten von pflegebedürftigen Kindern, Demenzkranken, psychisch Kranken und geistig schwerbehinderten Menschen in der Pflege ist in die Begutachtungsrichtlinien aufzunehmen.

Durch **Entbürokratisierung der Pflege** muss erreicht werden, dass mehr Zeit für die unmittelbare Betreuung des Pflegebedürftigen zur Verfügung steht. Um dem Prinzip „ambulant vor stationär“ auch zukünftig gerecht zu werden, benötigen wir in Thüringen ein ausgebautetes Netz an ambulanten Pflegeeinrichtungen mit

hochqualifiziertem Pflegepersonal. Perspektivisch sind in Thüringen über 3000 Pflegebetten bereitzustellen. Dazu ist es notwendig, dass ein neues Investitionsprogramm des Bundes und des Landes für den Bereich der stationären Altenhilfe aufgelegt werden muss.

Soziale Verantwortung muss auf beide Geschlechter verteilt werden. Da die Pflege alter Menschen traditionell verstärkt von Frauen geleistet wird, sind Frauen in ihrem Zeitbudget, das sie für eine Erwerbstätigkeit oder selbstbestimmte Aktivitäten nutzen können, beeinträchtigt.

Um Frauen die gleiche gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, gilt es, die Altenpflege zum einen mehr auch an Männer zu binden und zum anderen qualitativ hochwertige Pflege- und Betreuungseinrichtungen von staatlicher Seite anzubieten.

Das Thüringer Ausführungsgesetz zur Pflegeversicherung und die entsprechenden Regelungen im SGB XI sollen dahingehend novelliert werden, dass zukünftig Investitionskosten sowie Kosten für die Ausbildung in der Altenpflege nicht auf die Pflegebedürftigen bzw. deren Angehörige umgelegt werden können. Eine Verfestigung der „Zweiklassenpflege“ wird durch die PDS abgelehnt.

Kinder und Jugendliche an der Gestaltung der Zukunft beteiligen

Die UN-Kinderrechtskonvention legt ein neues Verständnis von Kindheit in ihren Beschlüssen zugrunde. Kinder werden als eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenen Lebensweisen, eigenen Interessen und eigenen Rechten verstanden.

Die Wahrung und Sicherung gleichberechtigter Lebensbedingungen sowie Teilhabe- und Zukunftschancen für alle in Thüringen lebenden Kinder und Jugendlichen sind die Ziele unserer Politik.

Deshalb will die PDS Thüringen die Bedingungen für vielfältige **demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten** für alle Kinder und Jugendlichen schaffen und ausbauen, die eine Beteiligung an der Gestaltung ihrer Zukunft sichert.

Die PDS Thüringen sieht sich als parlamentarische Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche. Solche Formen, wie **Kinder und Jugendparlamente**, Kinderbüros, Jugend- und Schülervertretungen etc., werden wir aktiv unterstützen.

Wir wollen eine Kinder- und Jugendpolitik, die Familien, Alleinerziehende und als Lebensgemeinschaften erziehende Eltern unterstützt. Wir wollen dazu

beitragen, das kreative und aktive Potential von allen Kindern und Jugendlichen für die Zukunftsfähigkeit Thüringens zu sichern. Durch eine aktive Politik sowie den Erhalt und Ausbau sozialer Infrastruktur soll die Abwanderung junger Menschen gestoppt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass von der Landesregierung ein **Kinder- und Jugendbeauftragter** eingesetzt wird. Als Interessenvertreterin für Kinder soll eine **Kinderkommission** im Thüringer Landtag berufen werden.

Um der unterschiedlichen Entwicklung von Jungen und Mädchen mit oft verschiedenen Bedürfnissen, Wünschen und Voraussetzungen gerecht zu werden, ist es notwendig eine Reihe von Angeboten jungen- bzw. mädchenspezifisch anzubieten. Träger solcher Projekte sind verstärkt zu fördern.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine erfüllte Partnerschaft mit Kindern ist in den Lebensentwürfen von Frauen und Männern aller Altersgruppen fest verankert. Die Familie erhält als Ort der Verlässlichkeit, von Vertrauen und Fürsorge infolge des Anforderungsdrucks in der Erwerbswelt einen hohen Stellenwert.

Gegenüber dem Zwang zu Flexibilität und Mobilität auf dem Arbeitsmarkt wird die Familie geschätzt wie selten zuvor. Dennoch wird ein hohes Maß an dauerhafter Kinderlosigkeit festgestellt. Je höher der Bildungsstand von Frauen, desto häufiger bleiben sie zeitlebens kinderlos. Die Ursachen hierfür sind strukturbedingt.

Deshalb setzt sich die PDS für die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für alle Menschen in Thüringen ein. Ohne ein existenzsicherndes Einkommen kann es keine Perspektiven für Familien in Thüringen geben. Gestoppt werden muss die Abwanderung junger Menschen aus Thüringen, insbesondere der qualifizierten jungen Frauen.

Einer der bedeutendsten Aspekte für die Gleichberechtigung von Frauen und für die Partnerschaftlichkeit der Beziehungen zwischen Frauen und Männern ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aber auch die **Gleichwertigkeit bei der Entlohnung für Männer und Frauen** ist zudem ein Indikator dafür, in welchem Maße unsere Gesellschaft Bedingungen für soziale Gerechtigkeit schaffen kann.

Defizite auf dem Gebiet der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehen zumeist zu Lasten der Frau, aber auch der Kinder. Deshalb muss ein Programm zur

beruflichen Wiedereingliederung nach der Elternzeit rechtsverbindlich sein. Familien brauchen zudem verlässliche Rahmenbedingungen.

Dazu gehören bedarfsgerechte und auch unentgeltliche Angebote an Kindertageseinrichtungen sowie die unentgeltliche Nutzung von Freizeiteinrichtungen und Sportstätten.

Die Entscheidung für Kinder darf nicht zu prekären Lebenslagen führen oder zum Armutsrisiko werden.

Von dem Wandel der Gesellschaft und den Veränderungen in Kindheit und Jugendphase ist auch die Situation der Familie geprägt. Familie schließt die sich verändernden Lebensstile in der Gesellschaft ein.

So hat sich eine **Vielfalt der Lebensformen** entwickelt. Dies zeigt sich vor allem in der wachsenden Zahl allein erziehender Elternteile – vorrangig allein erziehender Mütter. Zu den Familienformen gehören heute auch auf Dauer angelegte gleichgeschlechtliche Lebensformen, die mit Kindern zusammenleben.

Freizeit- und Leistungssport fördern

Uns kommt es darauf an, junge Menschen frühzeitig an regelmäßige sportliche Betätigung heranzuführen und bereits in den Kindertagesstätten dafür Möglichkeiten anzubieten.

Deshalb unterstützt und fördert die PDS die **verstärkte Kooperation von Sportvereinen mit Kindertagesstätten** sowie Grund- und Förderschulen. Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung der dritten Sportstunde an Schulen und Berufsschulen ein.

Damit das Bedürfnis und die Möglichkeiten für Sport bis ins hohe Alter anhalten, sind besonders auf kommunaler Ebene die Voraussetzungen zu erhalten und die Arbeit der zahlreichen Sportvereine zu unterstützen.

Zur Entwicklung eines Thüringer Sportprofils gilt es zukünftig dem Behindertensport besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Künftig mehr und bessere Förderinstrumentarien sind auch für einen leistungsorientierten **Sport von Menschen mit Behinderungen** anzubieten.

Ein besonderes Markenzeichen in Thüringen ist die **Förderung des Nachwuchsleistungs- und des Leistungssports**.

Die PDS setzt sich dafür ein, die materiellen und personellen Voraussetzungen für den Erfolg Thüringer Sportlerinnen und Sportler, der Arbeit der Leistungszentren zu erhalten und zu verbessern.

Die PDS Thüringen unterstützt die Vorbereitung und Durchführung der Olympischen Sommerspiele 2012 in Leipzig.

Gleiche Teilhabe beider Geschlechter

Solange Frauen nicht zur Hälfte an allen Entscheidungsbereichen teilhaben, muss ihnen ihr erschwerter Zugang mit Quoten erleichtert werden. Dies gilt im Besonderen für die Besetzung von Ämtern sowie Gremien wie Aufsichtsräten, Jurs und Beiräten.

In den Kommunen sollen die bestellten Gleichstellungsbeauftragten in ihrer Arbeit gestärkt werden. Ihnen ist unter anderem ein Rede-, Antrags-, Vorschlags-, Beratungs- und Anhörungsrecht einzuräumen. In diesem Zusammenhang ist die Überarbeitung des Landesgleichstellungsgesetzes notwendig.

Nur verbindliche Vorgaben können zu einer realen Verbesserung der Situation von Frauen führen. Darüber hinaus fordern wir ein **Gleichstellungsgesetz, welches auch für die Privatwirtschaft Vorgaben zu Einstellung, Qualifizierung, Lohngerechtigkeit und Aufstiegschancen macht.**

Haushalts- und damit auch Fördermittel des Landes sollen geschlechtergerecht verausgabt werden.

Um geschlechtsspezifische Diskriminierung sichtbar zu machen, ist es notwendig, dass sämtliche Statistiken, die sich auf personenbezogene Daten beziehen, selbstverständlich die Kategorie „Geschlecht“ abfragen.

Gewalt gegen Frauen und Kinder im häuslichen Bereich ist nach wie vor ein aktuelles Thema. Die Opfer von Gewalt gilt es zu schützen und ihnen kostenfreie Schutz- und Beratungsmöglichkeiten anzubieten.

Tätern soll durch die Gesellschaft ein Unrechtsbewusstsein vermittelt werden. Dementsprechend sind weitere Mittel für entsprechende Projekte (Frauenhäuser, Frauenzentren, Gewaltschutzzentren, Männerberatungsstelle) notwendig.

Nur so kann die Arbeit auf hohem Niveau zugunsten der betroffenen Frauen und Kinder erhalten und verbessert werden.

Wir fördern die **Entstehung und den Ausbau von Präventions- und**

Interventionsstellen, welche verlässliche Anlaufstellen für Betroffene sind und die Vernetzung aller mit der Thematik Befassten in der Region fördern.

Lebenserfahrungen der Seniorinnen und Senioren nutzen

Die PDS lehnt Altersdiskriminierung, die Alter nur aus Sicht von Defiziten, Kosten und Pflegebedürftigkeit betrachtet, ab. Sie tritt für ein zeitgemäßes Bild des Alters und des Alterns ein, das durch Aktivität, Teilhabe und gesellschaftliches Engagement gekennzeichnet ist. Die Politik hat solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es älteren Menschen ermöglichen, im vertrauten Wohnumfeld solange wie möglich zu leben.

Die PDS tritt dafür ein, dass die demokratischen **Mitsprache- und Mitwirkungsrechte** von Thüringer Seniorinnen und Senioren gestärkt werden. Wir wollen einen eigenständigen, von der Landesregierung unabhängig arbeitenden Seniorenbeirat, dessen Mitglieder aus der Mitte der in Thüringen tätigen regionalen und berufsspezifischen Seniorenvertretungen gewählt werden. Die Arbeit der Thüringer Seniorenbüros muss finanziell abgesichert werden.

Die Altenhilfeplanung ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Wünsche und Forderungen zur Altenhilfeplanung richten sich oft an die Sozialressorts der Kommunen, des Landes und des Bundes.

Für die PDS ist Altenhilfeplanung aber weitaus mehr und geht somit über den sozialen Bereich hinaus. Die Altenhilfeplanung des Landes und der Kommunen muss langfristig nach den Bedürfnissen der älteren Menschen gestaltet werden.

Im Interesse der älteren Menschen sind in die Überlegungen einer Altenhilfeplanung sämtliche gesellschaftliche Bereiche mit einzubeziehen.

Die PDS hat Alternativen entwickelt, mit denen die gesetzliche Rentenversicherung gesichert und das Rentenniveau gehalten werden kann und setzt sich für eine Versicherungspflicht für alle Erwerbseinkommen in die gesetzliche Rentenversicherung ein.

Die PDS verfolgt das Ziel der Rentenangleichung in Ost und West bis zum Jahr 2007. Wir wollen die noch bestehenden Strafrentenbestimmungen sowie die noch existierenden Rentenlücken durch Bundesratsinitiativen schnellstmöglich beseitigen.

Für Frauen ist unverzüglich mit der Erarbeitung eines eigenständigen Frauenrentenrechtes zu beginnen, um der wachsenden Altersarmut, besonders bei Frauen, entgegenzuwirken.

Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen ermöglichen

Die Thüringer PDS wird auch künftig dazu beitragen, dass für Menschen mit Behinderungen solche Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sie ein selbstbestimmtes Leben führen und somit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auf allen Gebieten verwirklichen können.

Im Bereich der „Selbstbestimmten Behindertenpolitik“ konnte in den letzten Jahren noch kein entscheidender Paradigmenwechsel verzeichnet werden. Der Grundsatz der allumfassenden Gleichstellung ist in Thüringen noch nicht umgesetzt, weil statt Integration von Menschen mit Behinderungen die Separation im Vordergrund steht.

Beispielgebend dafür ist, dass die institutionelle Förderung vor der individuellen Förderung steht. Die Kürzungen der Mittel von Beratungsstellen für Behinderte, das betreute Wohnen für Behinderte oder psychisch Kranke ist Beleg dafür.

Die PDS tritt für ein **Thüringer Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen** ein, indem mittels Nachteilsausgleich behindertenbedingte Beeinträchtigungen ausgeglichen werden.

Obwohl in den letzten Jahren eine Vielzahl von Verbesserungen, insbesondere bei Hilfsmitteln oder im ÖPNV erreicht wurden, ist Thüringen von einer echten Gleichstellung behinderter Menschen weit entfernt. Weitere Differenzierungen zwischen Stadt und Land sind erkennbar.

Die PDS Thüringen setzt sich für die Schaffung von mehr versicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in allen Bereichen ein, damit behinderte Menschen eher aus ihrer Isolation herausgeführt werden und ein existenzsicherndes Einkommen erzielen.

Die PDS wird sich dafür einsetzen, dass auf Bundesebene unverzüglich ein **zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz** verabschiedet wird.

Die PDS stellt sich der wachsenden Bedeutung des Sports für Bewegung und Gesundheit, Lebensqualität, Kommunikation und Gemeinschaft. Sie tritt dafür ein, die gesetzlichen, materiellen und finanziellen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Unser Anliegen ist, den gemeinnützigen Freizeit- und Breitensport weiter auszubauen und insbesondere den Kinder-, Jugend- und Schulsport zu stärken.

Die PDS tritt dafür ein, dass **Sportförderung zur Pflichtaufgabe** wird und die kostenfreie Nutzung der Sportstätten durch die Vereine für Training und Wettkampf gewährleistet bleibt.

Ehrenamtsgesetz schaffen

Hunderttausende Thüringerinnen und Thüringer sind u. a. in Feuerwehren, in Sportvereinen, in Sozialverbänden, aber auch nicht organisiert ehrenamtlich tätig. Ein Wegbrechen des Engagements würde das soziale Leben in Thüringen ärmer machen und viele Leistungen könnten nicht mehr angeboten werden.

Aber bisher gibt es keine einheitlichen Regelungen zur Würdigung und Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit. Die meisten Ehrenamtlichen bekommen noch nicht einmal ihre entstandenen Auslagen erstattet. Die Freistellung zur Qualifizierung für die ehrenamtliche Arbeit oder der Versicherungsschutz für Ehrenamtliche ist nicht gewährleistet.

Die **Verabschiedung eines Ehrenamtsgesetzes** zur Regelung dieser Probleme und zur Verbesserung der Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit ist für Thüringen ein unbedingtes Erfordernis. Wir wollen eine sinnvolle Verbindung von ehrenamtlicher und hauptamtlicher Tätigkeit.

Ehrenamtliche Arbeit ist kein Ersatz für hauptamtliche Tätigkeit.

Die Ausstattung der Stiftung Ehrenamt mit ausreichenden finanziellen Mitteln muss durch die Landesregierung sichergestellt werden. Alle Lottoüberschussmittel müssen der Stiftung zur Verfügung gestellt werden.

*„Der vernünftige Mensch
passt sich der Welt an, der
Unvernünftige versucht
beharrlich, die Welt sich
anzupassen. Deshalb hängt aller
Fortschritt vom Unvernünftigen
ab.“*

George Bernhard Shaw

5. Kommunen stärken – Gesellschaft gestalten – soziale Gerechtigkeit sichern

In der Kommune werden die Folgen der Politik aller Ebenen unmittelbar erlebt. Durch deren politische, soziale, ökologische, wirtschaftliche und kulturelle Entscheidungen treten hier unübersehbar die Widersprüche der Gesellschaft zu Tage.

Die Thüringer PDS tritt für **kommunale Selbstverwaltung** ein, wie sie vom Grundgesetz vorgesehen, praktisch aber nicht gesichert ist. Wir setzen uns für das Recht und die reale Möglichkeit der Gemeinden, Städte und Landkreise ein, öffentliche Angelegenheiten in eigener Verantwortung regeln und gestalten zu können.

Das Thüringer Kommunalrecht hat die schlechtesten Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten aller Bundesländer. Die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft sind durch unverträglich hohe Kommunalabgaben belastet. Die Landeszuweisungen an die Kommunen wurden unverhältnismäßig gekürzt. Die Thüringer Kommunen befinden sich in ihrer größten Finanzkrise.

Aus eigener Kraft können die Thüringer Kommunen die existenzielle Krise der kommunalen Selbstverwaltung, trotz Erneuerungsbereitschaft und -fähigkeit, nicht bewältigen.

Kommunale Selbstverwaltung ausgestalten

Die Thüringer PDS setzt sich für eine Stärkung der kommunalen Ebenen im föderalen System der Bundesrepublik ein.

Die Kommunen brauchen mehr Möglichkeiten, die wirtschaftliche Entwicklung mit voranzutreiben und die aktive Bürgergesellschaft zu fördern.

Dieser notwendige Wandel erfordert starke Kommunen, die politisch und finanziell handlungsfähig sind.

Unsere Zielstellung lautet: Stärkung der Kommunen, umfassende Bürgerbeteiligung, Überwindung des Informationsmonopols der Verwaltung sowie Nachhaltigkeit. Hierdurch wird PDS-Politik auch im kommunalen Bereich erkennbar sein.

Wir wollen politische und soziale Spielräume zugunsten der Einwohnerinnen und

Einwohner, der sozial Schwachen im Sinne von mehr sozialer Gerechtigkeit, von mehr Kultur, von mehr Sport, von mehr an gesundheitlicher Betreuung nutzen und damit die Entwicklung selbstbestimmten Handelns der Bürgerinnen und Bürger fördern.

Kommunale Demokratie und Bürgerbeteiligung

Die Thüringer PDS setzt sich für die verbindliche Ausgestaltung der frühzeitigen Unterrichtung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in allen wichtigen Gemeindeangelegenheiten und für die Einführung eines **kommunalen Petitionsrechtes** ein.

Die Zulassungs- und Zustimmungsquoren für **Bürgeranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide** sind zu reduzieren. Der Themenkatalog für diese Mitwirkungsmöglichkeiten ist zu erweitern.

Das Zulassungs- und Durchführungsverfahren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ist zu vereinfachen. Diese Instrumente direkter Demokratie auf kommunaler Ebene müssen auch auf der Ebene der Landkreise und für Zweckverbände ermöglicht werden.

Die Thüringer PDS fordert die **Aufhebung der Fünf-Prozent-Sperrklausel** im Kommunalwahlrecht und die Senkung des **Wahlalters auf 16 Jahre**.

Die Amtszeit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landräte und Landrätinnen ist an die Wahlperiode der Gemeinderäte und Kreistage anzugleichen.

Es gilt, die Ortschaftsverfassung weiter auszugestalten. Hierzu sollen die Ortsbürgermeisterinnen und -bürgermeister sowie die Ortschaftsräte mehr Verantwortung erhalten, ohne dass die Kompetenz der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters und Gemeinderates beschnitten wird. Im Mittelpunkt steht dabei ein begrenztes Budgetrecht für die Ortschaft.

Kommunalfinanzierung reformieren

Die Thüringer PDS fordert eine Reform der Kommunalfinanzierung. Das Konnexitätsprinzip (**„Wer bestellt, bezahlt“**) ist verfassungsrechtlich in der Landesverfassung festzuschreiben. Die kommunale Mitfinanzierung staatlicher Aufgaben ist zu beenden.

In der Landesverfassung müssen kommunale Mitwirkungsrechte verankert werden. Als Mindestforderung gilt, dass die kommunalen Spitzenverbände zu konsultieren und klare Kostenregelungen zu vereinbaren sind, sobald neue Aufgaben durch den Bund oder das Land geschaffen werden, die die Kommunen betreffen.

Als Sofortmaßnahme zur Stärkung der Investitionskraft der Kommunen setzt sich die PDS dafür ein, dass die allgemeine Gewerbesteuerumlage auf das Niveau des Jahres 1999 gesenkt wird. Wir fordern von der Bundesregierung, entsprechend dem Grundgesetz ein **kommunales Investitionsprogramm** aufzulegen.

Die kommunale Beteiligungsquote an den Landeseinnahmen, die derzeit bei rund 28 Prozent liegt, ist schrittweise bei 32 Prozent zu sichern.

Die besonderen Finanzaufweisungen sind in den einzelnen Aufgabenbereichen zusammenzufassen. Dabei bilden die Bereiche „Schulen“ und „Kultur“ die Schwerpunkte.

Die Höhe der Kreis- und Schulumlagen sind zu begrenzen. Freiwillige Gemeindegliederungsmaßnahmen sind im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs finanziell zu fördern.

Das kommunale Haushaltsrecht muss flexibilisiert werden, um die Leistungsfähigkeit der Kommunen wieder herzustellen. Insbesondere gilt es, die Jährlichkeit des Haushaltes zu „durchbrechen“, die Finanzierung sogenannter rentierlicher Investitionen gesondert zu betrachten und die vorläufige Haushaltsführung in Bezug auf die Auslösung von Investitionen und die Ausreichung von Zuwendungen an Dritte neu auszugestalten.

Den Kommunen ist es zudem zu ermöglichen, anstelle der kameralistischen die kaufmännische Haushaltsführung anzuwenden.

Daseinsvorsorge als Investition in die Zukunft

Die Thüringer PDS tritt unter dem Motto „Global denken – lokal handeln“ für eine nachhaltige Kommunalpolitik ein, die auf die Umsetzung der Agenda 21 gerichtet ist.

In den Thüringer Kommunen ist die soziale Daseinsvorsorge durch **bedarfsgerechte Sozial-, Jugend-, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen** bei Wahrung der Trägervielfalt zu garantieren.

Wir fordern den Erhalt kommunaler Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen. Für Einrichtungen von überregionaler Bedeutung gilt es, neue Formen der Kooperation und Zusammenarbeit zu entwickeln.

Sport- und Freizeitentwicklung ist als Bestandteil von Gemeinde- und Stadtentwicklungskonzeptionen zu betrachten, Vereine und Verbände sind besonders zu fördern.

Auch die Kommunen müssen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik dort wirksam werden, wo Menschen leben, wo Ressourcen genutzt werden und wo Produkte und Leistungen entstehen. **Kommunale Verwaltungen müssen Dienstleister sein.**

Die PDS Thüringen fordert den Ausbau bürgernaher kommunaler Dienstleistungen als Baustein für eine erfolgreiche infrastrukturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen.

Durch die Liberalisierung der Strom-, Gas- und Wasserversorgung, den neuen EU-Richtlinien zur Marktöffnung im ÖPNV sowie dem verschärften Wettbewerb im Bereich Abfallsammlung, -behandlung und -entsorgung droht den Kommunen die Privatisierung wesentlicher Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge. Dazu darf es nicht kommen.

Die **kommunale Trägerschaft der Sparkassen** muss als Element der regionalen Wirtschaftsentwicklung erhalten bleiben. Dies gilt auch bei der Fusion von Sparkassen oder bei Verbundlösungen.

Die Sicherung bezahlbarer, bedarfsgerechter und attraktiver Wohnungsangebote für alle Bevölkerungsschichten im Eigentums- und Mietwohnungsbereich in einem lebenswerten Wohnumfeld bleibt eine wesentliche kommunale Aufgabe. Sie ist auch im Zusammenhang mit dem Stadtumbau und den Maßnahmen zur **Stabilisierung des Thüringer Wohnungsmarktes** zu sichern.

Die Thüringer PDS unterstützt die zukunftsfähige Entwicklung der Gemeinden und Städte durch die Stärkung und Ausgestaltung der Orts- und Stadtzentren. Dabei ist eine verstärkte Nutzungsmischung von Wohnen, Grundversorgung, Handel, Arbeiten und Freizeit notwendig. „**Grün statt Beton**“ sollte das Zukunftsprinzip für die Stadtgestaltung sein. Die Mitwirkung von Stadtteilbeiräten wird dabei befördert.

Der individuelle Wohnungsbau ist so zu gestalten, dass insbesondere Familien mit Kindern, der Wohnungsneubau in den Stadtzentren, der Wohnungsbau im Gebäudebestand und im ländlichen Raum vorrangig auf bereits erschlossenen Flächen gefördert wird. Der Erhalt von Altbauten ist zu fördern.

Es gilt, integrierte Stadtentwicklungskonzepte unter breiter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger fortzuschreiben und umzusetzen. Der Abriss und der Rückbau von Wohnungen muss zur Aufwertung der betroffenen Stadtquartiere beitragen. Die Kosten für den Stadtumbau dürfen nicht zu Lasten der Wohnungsunternehmen gehen.

Wir unterstützen die Forderungen der Nutzer von Erholungs- und Garagengrundstücken zur Novellierung bestehender gesetzlicher Regelungen, in deren Ergebnis eine entschädigungslose Enteignung ausgeschlossen wird.

Die PDS setzt sich dafür ein, dem **ländlichen Raum eine Zukunft** zu sichern.

Hiergehtes vor allem um die Erhaltung von Lebensqualität bei Bevölkerungsrückgang und den damit verbundenen Defiziten der Infrastruktur.

Die Schönheit Thüringens wird in besonderem Maße von seiner Kulturlandschaft, von den Dörfern und der sie umgebenden Natur geprägt. Nur wenn Dörfer lebenswert bleiben, den Kindern Bildung, Männern und Frauen Arbeit sowie alten, pflegebedürftigen Menschen Betreuung gesichert werden, haben sie eine Zukunft. Das **Dorferneuerungsprogramm** als wichtiges Förderinstrument soll diese Entwicklung weiterhin unterstützen.

Die Thüringer PDS will dauerhaft vertretbare, bezahlbare und sozial gerechte Kommunalabgaben sichern. Vertretbare Kommunalabgaben sind für uns ökologisch notwendig und betriebswirtschaftlich begründet.

Die Thüringer PDS arbeitet mit den Bürgerinnen, Bürgern und Bürgerinitiativen zusammen, die ebenfalls diese Zielstellung verfolgen.

Die Erhebung von Kommunalabgaben muss transparent erfolgen. Bürgerinnen und Bürger müssen umfassende Informations- und Beteiligungsrechte eingeräumt werden. Im Wasser- und Abwasserbereich sind Pflichtverbraucherbeiräte zu bilden.

Das Thüringer Kommunalabgabengesetz und die Förderrichtlinien sind neu zu gestalten, damit die Kommunalabgaben weder selbstgenutztes Wohneigentum noch kleine Unternehmen in ihrer Existenz gefährden.

Mittelfristig ist im Zusammenhang mit der Reform der Grundsteuer die Beitragserhebung für wasserwirtschaftliche Investitionen und den kommunalen Straßenausbau zu beenden. Bis dahin ist verstärkt die Form der wiederkehrenden Beiträge anzuwenden.

Die Kosten aus Überkapazitäten für wasserwirtschaftliche Anlagen dürfen nicht

auf Grundstückseigentümer und Mieter sowie auf Unternehmen umgelegt werden.

Die Gebührenerhebung muss sich am Äquivalenzprinzip (ausgewogenes Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung) orientieren und sie muss für den Grundverbrauch auf 4,45 /cbm Wasser/Abwasser begrenzt werden (einschließlich Grundgebühren und Mehrwertsteuer sowie der Einberechnung von Beiträgen).

Dadurch ist auszuschließen, dass Fehler in der Investitionspolitik und bei der Zweckverbandsbildung auf die Abgabepflichtigen abgewälzt werden. Die Grundgebühr für Wasser und Abwasser ist mittelfristig abzuschaffen.

Beiträge dürfen erst erhoben werden, wenn das Grundstück tatsächlich neu angeschlossen wird. Zudem muss sich die Beitragserhebung an der tatsächlichen Nutzung des Grundstückes orientieren. Eine rückwirkende Erhebung von Beiträgen ist auszuschließen.

Bei den Aufgabenträgern der Wasserver- und Abwasserentsorgung sind leistungsfähige Strukturen zu schaffen.

Der Thüringer Landtag wird aufgefordert, die Vorgänge bei der Bildung der kommunalen Aufgabenträger der Wasserver- und Abwasserentsorgung, die aus den drei WAB-GmbHs hervorgingen, im Rahmen eines Untersuchungsausschusses zu prüfen.

Die Thüringer PDS tritt für eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform ein. Ziele sind die Entbürokratisierung, die erweiterte Bürgerbeteiligung, ein an den Bedürfnissen von Menschen orientiertes Leistungsangebot, mehr Transparenz des Verwaltungshandelns, die Verwaltungsvereinfachung und Verfahrensbeschleunigung.

In das Vorhaben einer Funktional- und Verwaltungsreform ist ein Personalentwicklungskonzept zu integrieren. Dabei sind Fragen der Umverteilung von Arbeit und Einkommen im öffentlichen Dienst zu prüfen, der Abbau von Beteiligungsrechten der Personalvertretungen durch das Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes ist rückgängig zu machen.

Zur Umsetzung einer Funktional- und Verwaltungsreform ist der Verwaltungsaufbau des Freistaats Thüringen zweistufig zu gestalten.

Die Gebietsreform ist aus Sicht der PDS darauf zu richten, die **freiwilligen Zusammenschlüsse** und Strukturveränderungen durch das Land zu fördern, die Anzahl der Landkreise und kreisfreien Städte zu verringern und alle Formen der kommunalen Gemeinschaftsarbeit zu stärken.

Die Grundzüge und Ziele einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform sind im Landesentwicklungsplan festzuschreiben.

In das System der kommunalen Gemeinschaftsarbeit sind Städtenetze und die regionalen Planungsgemeinschaften aufzunehmen.

*„Welche Regierung die beste
sei? Diejenige, die uns lehrt, uns
selbst zu regieren.“*

J. W. Goethe

6. Für mehr Demokratie in Thüringen

Demokratische Mitwirkung und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Entscheidungsfindung ist für die PDS Dreh- und Angelpunkt einer anderen Politik.

Die Menschen erleben auch in Thüringen, dass ihre Meinung, ihre Vorschläge und Forderungen, ihr Einspruch und ihre Einwände gegen politische Entscheidungen ignoriert werden. Diese Arroganz der Macht führt teilweise zu Lethargie und Politik(er)-Verdrossenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern. Zudem werden im Interesse einer globalisierten Wirtschaft die Entscheidungskompetenzen demokratisch gewählter Parlamente untergraben und eingeschränkt.

Wir sehen in der Stärkung parlamentarischer Rechte und demokratischer Gegenmächte gegenüber den Interessen von Konzernen, Großbanken und Anlagefonds die entscheidende Grundbedingung für **wirkliche Volkssouveränität**.

Die PDS Thüringen unterstützt deshalb die Forderung, die repräsentative Demokratie mit wirksamen Formen **direkter Beteiligung der Bürgerinnen** und Bürger in den Gemeinden, Landkreisen und auf Landesebene zu verbinden.

Zugleich fordert die PDS **Mitentscheidungsrechte des Landtages** bei allen Themen, die auf europäischer Ebene entschieden werden und bei denen die Thüringer Landesregierung im Bundesrat mitentscheidet.

Mehr direkte Demokratie erweitert die Möglichkeit, das Interesse und die Bereitschaft zur Mitgestaltung in der Gesellschaft. Der Erfolg des **Bürgerbegehrens „Mehr Demokratie“** hat dies nachdrücklich bewiesen.

Mit mehr direkter Demokratie kann das in der Gesellschaft zur Lösung vieler Probleme vorhandene, jedoch durch die Bürokratie blockierte innovative Potential freigesetzt werden. Wir werden uns deshalb weiterhin für den Ausbau direkter Mitbestimmungsrechte einsetzen.

Justiz und Demokratie

Qualität der Arbeit der **Gerichte** setzt außer einer aufgabengerechten Finanz- und Personalausstattung eine Selbstverwaltung der Recht sprechenden Gewalt voraus. Wie Fälle der Einflussnahme auf die Justiz von Seiten der Regierung auch in Thüringen belegt haben, ist ohne eine auch organisatorische und administrative Unabhängigkeit der Recht sprechenden Gewalt gegenüber der Regierung eine

unparteiische Rechtsprechung undenkbar.

Demzufolge tritt die PDS in Thüringen für eine Anpassung des Dienstrechts der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte an das rechtsstaatliche Gebot der Unabhängigkeit der Justiz ein.

Im Einzelnen bedeutet dies: Kein Letztentscheidungsrecht des Justizministers in Personalangelegenheiten und Beteiligung des Richterwahlausschusses bei jeder Berufung in ein Amt als Richter, Richterin oder Staatsanwalt, Staatsanwältin sowie bei der Einstellung von Proberichterinnen und Proberichtern.

Es geht um die paritätische Besetzung des Richterwahlausschusses, Stärkung der Vertretungen der **Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte**, Ausübung der Dienstaufsicht und Disziplinalgewalt ausschließlich durch die Recht sprechende Gewalt.

Die PDS fordert den Abbau hierarchischer Strukturen in den Gerichten und Staatsanwaltschaften. Sie lehnt politische Einflussnahme auf die Staatsanwaltschaft und die Stellung des Generalstaatsanwalts als politischen Beamten ab.

Die PDS unterstützt die Forderung nach Autonomie der Gerichte in Budgetfragen. Die gegenwärtigen Gerichtsstandorte sind beizubehalten.

Die PDS fordert die konsequente Bekämpfung der Wirtschafts- und Steuerkriminalität. Dazu ist eine Erweiterung der personellen Kapazitäten notwendig.

Für die Rechtsuchenden ebenso wichtig wie eine effiziente Rechtsprechung ist die Möglichkeit, aus einem vollstreckbaren Titel zügig vollstrecken zu können. Die ausreichende Bereitstellung von **Gerichtsvollzieherstellen**, die Gewinnung von qualifiziertem Personal für diesen Beruf, wie eine angemessene Vergütung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher ist demzufolge für die PDS eine vordringliche Aufgabe.

Primäres Ziel des **Strafvollzugs** muss die Resozialisierung bleiben. Demzufolge wendet sich die PDS dagegen, die Überbelegung im Strafvollzug gegen das Vollzugsziel der Resozialisierung zu gebrauchen. Der Überbelegung ist vor allem durch eine auf Haftvermeidung ausgerichtete Rechtspolitik zu begegnen, die darüber hinaus Mittel für eine bessere soziale und medizinische Betreuung der Gefangenen freisetzen würde.

Öffentliche Sicherheit

Soziale Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Ausgleich, Freiheit, Selbstbestimmung sind Voraussetzungen und Garanten einer Politik der öffentlichen und privaten Sicherheit. Die Polizei kann politische und soziale Probleme nicht lösen.

Die PDS nimmt die Ängste und Sorgen vor Kriminalität ernst. Polizei muss durch Gefahrenabwehr und Strafverfolgung ihren Beitrag zu öffentlicher und privater Sicherheit leisten. Deshalb muss die **Polizei zu einer demokratischen und bürgernahen Institution** umgestaltet werden.

Das bisherige Netz von Polizeidienststellen ist zu erhalten und durch die Schaffung weiterer Stellen von Kontaktbereichsbeamten zu ergänzen.

Die Thüringer PDS unterstützt die Bildung von kriminalpräventiven Beiräten.

Die demokratische Kontrolle der Polizei soll durch einen bzw. eine Polizeibeauftragte/n des Landes verstärkt werden. Der Bestand der Bereitschaftspolizei, der kasernierten Spezialeinheiten und der Sonderkommandos ist schrittweise deutlich zu reduzieren und die Abteilungen der politischen Polizei (Staatsschutz) ersatzlos abzuschaffen.

Die technischen und personellen Arbeitsbedingungen der Polizistinnen und Polizisten müssen verbessert und ihre dienstliche Tätigkeit entbürokratisiert werden. Die Polizistinnen und Polizisten sollen im Rahmen ihrer Befugnisse zu selbständigem Handeln und Entscheiden befördert und zur Deeskalation in schwierigen Situationen befähigt werden. Hierzu muss ihre Ausbildung stärker vor Ort und soweit möglich in der Praxis und nicht in Kasernen erfolgen.

Der Einsatz der Bereitschaftspolizei außerhalb des Landes und der Bestand der Bereitschaftspolizei sowie der kasernierten Spezialeinheiten und der Sonderkommandos ist schrittweise deutlich zu reduzieren.

Schärfere Gesetze führen nicht automatisch zu mehr Sicherheit und weniger Kriminalität.

Wir fordern den Vorrang, Ausbau und die Stärkung von Maßnahmen von Prävention und Diversion statt Repression.

Die PDS Thüringen setzt sich für die Entkriminalisierung und Liberalisierung im Umgang mit Cannabisprodukten ein.

Die im Thüringer Polizeiaufgabengesetz geschaffenen Rechtsgrundlagen für polizeiliche Willkür müssen aufgehoben und die Vorschriften für den

Schusswaffengebrauch überprüft werden.

Notwendig ist die kollegiale Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden und den kommunalen Ordnungsbehörden. Den kommunalen Ordnungsbehörden sollen weitere Aufgaben, wie die Überwachung des fließenden Verkehrs, übertragen werden. Die kommunale Infrastruktur des Brand- und Katastrophenschutzes muss gesichert und ausgebaut werden.

Um eine bessere Betreuung von Opfern, aber auch eine weitere Sensibilisierung von Polizeibeamtinnen und -beamten zu erreichen, erachten wir die Schaffung von Stellen für **hauptamtliche Opferschutzbeauftragte** in Thüringen für notwendig. Diese sollen sich im Besonderen mit der Thematik der häuslichen Gewalt beschäftigen.

Der Schutz der Verfassung muss durch die gesamte Bevölkerung und durch die Stärkung der Demokratie gewährleistet werden. V-Leute und geheimdienstliche Mittel verkehren den Anspruch, die Verfassung zu schützen, in ihr Gegenteil.

Deshalb wird die PDS Thüringen weiterhin dafür eintreten, dass das **Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz** (TLfV) in eine Einrichtung ohne geheimdienstliche Befugnisse, eine öffentliche Informations- und Dokumentationsstelle, umgewandelt wird.

Bis dahin hält es die PDS für unbedingt erforderlich, die Tätigkeit des TLfV soweit wie möglich öffentlich durch **die Parlamentarische Kontrollkommission** (PKK) zu kontrollieren und damit die bisherige Praxis der PKK zu verändern. Hiervon macht die zukünftige PDS-Fraktion ihre Mitarbeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission abhängig.

Widerstand gegen die Rechtsentwicklung

Neoliberale Politik verstärkt die Entwicklung der Gesellschaft nach rechts. Auch in Thüringen haben sich neofaschistische und ausländerfeindliche Strukturen entwickelt.

Rechtsextreme und rassistische Einstellungen finden sich in steigendem Maße in allen Bereichen der Gesellschaft. Die bisher praktizierten Gegenstrategien von Sozialarbeit, Polizei und Justiz haben nicht verhindern können, dass sich eine erschreckend hohe Zahl von Menschen rassistischen und rechtsextremen Positionen nähert, diese offen vertritt oder sich in entsprechenden Gruppen organisiert.

Hinzugekommen sind neue Entwicklungen in der neofaschistischen Szene, etwa deren Drang nach kultureller Hegemonie in der Jugendkultur, der Schaffung privatrechtlich geschützter Räume, wie Schulungshäuser, Zentren und Läden.

Während die klassischen rechtsextremen Parteien an Einfluss verlieren, etablieren sich zunehmend verbindlichere Strukturen der sogenannten „Freien Kameradschaften“.

Wir setzen auf das **bürgerschaftliche Engagement gegen Rechts**. Die Stärkung der Zivilgesellschaft ist dabei die zentrale politische Aufgabe in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien und Strukturen.

Die PDS Thüringen wird auch weiterhin gemeinsam mit allen demokratischen und antifaschistischen Kräften konsequent Widerstand gegen Rechtsentwicklung, Rassismus und Antisemitismus und ihren Beitrag zur Schaffung breiter antifaschistischer Bündnisse leisten.

PDS – die sozialistische Menschenrechtspartei

Die Demokratie insgesamt, vor allem aber die demokratischen Institutionen in Staat und Gesellschaft, stehen vor großen Herausforderungen.

Die PDS sieht demokratische Errungenschaften ernsthaft gefährdet. Diese Gefährdung findet ihren Ausdruck in der Aufwertung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen.

Autoritär-administrative Tendenzen kennzeichnen in immer stärkeren Maße die Innenpolitik. Menschen- und Bürgerrechte werden zugunsten staatlicher Eingriffe in die Privatsphäre eingeschränkt.

Die Befugnisse der Polizei und Geheimdienste wurden in Thüringen in dieser Richtung erweitert.

Die PDS tritt für den **Schutz der Rechte von Bürgerinnen und Bürgern** und ihrer Organisationen gegenüber dem Staat ein.

Hierzu gehören die im Grundgesetz verankerten individuellen Rechte gegenüber staatlichem Zugriff, rechtliche Überprüfbarkeit staatlichen Handelns, Rechtswegeggarantie und unabhängige Kontrollinstanzen gegenüber den Sicherheitsbehörden des Staates.

Mit der umfassenden Ausgestaltung des Rechts auf Selbstbestimmung des Einzelnen über ihn betreffende Daten und Informationen, sind allgegenwärtige

Tendenzen zum Überwachungsstaat und zur Vermarktung dieser Informationen entschieden abzuwehren.

Zugleich will die PDS Thüringen die **volle Geltung der Bürgerrechte** für hier lebende **Ausländerinnen** und **Ausländer, Migrantinnen** und **Migranten** sowie **Flüchtlinge**.

Auch sie müssen gleiche Zugangsbedingungen zu Arbeit, Bildung, Ausbildung und Studium sowie demokratischer Willensbildung und Entscheidung haben. Ihre Bildungsabschlüsse und Arbeitsleistungen aus dem Herkunftsland müssen anerkannt werden.

Wir wollen menschenwürdige Lebens- und Aufenthaltsbedingungen für Flüchtlinge durch die Ausschöpfung aller Möglichkeiten dezentraler Unterbringung in Thüringer Kommunen.

Wir plädieren ausdrücklich dafür, Abschiebungen bei geringstem Verdacht der Gefahr für Leib und Leben der Betroffenen zu verhindern. Abschiebehaft darf in Thüringen nicht länger zur Anwendung kommen.

Die **Residenzpflicht ist abzuschaffen**.

Wir unterbreiten mit unserem Wahlprogramm Vorschläge, die Teil einer Alternative zur Politik des Demokratie- und Sozialabbaus sein können.

Wir streben eine alternative Politik an, die **Freiheit, Gleichheit, Beteiligung an wichtigen Entscheidungen und soziale Sicherheit für alle Menschen** erreichen will.

So versteht sich die PDS als sozialistische Menschenrechtspartei.

Herausgeber:

Landesvorstand der PDS Thüringen
Eugen - Richter - Strasse 44
99085 Erfurt

Telefon: 0361 - 601 11 30
Telefax: 0361 - 601 11 41
E-Mail: pds-thueringen@t-online.de
Internet: www.pds-thueringen.de

V.i.S.d.P. Knut Korschewsky

Mitglied werden

Ehrliche Politik braucht ehrliche Menschen!

Ich möchte Mitglied werden. Bitte nehmt Kontakt mit mir auf.

Name

Adresse

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte an die Geschäftsstelle des Landesverbandes der PDS Thüringen senden.
(Adresse umseitig)

Wir danken für dein / ihr Interesse.

3 x 3

Öffentlichkeitsarbeit kostet Geld.

3x3 heißt unsere Spendenaktion.

Infos dazu unter: www.pds-thueringen.de
oder direkt an:

PDS-Landesvorstand

Kontonummer 0361 93 09

BLZ 82 09 42 24

Volksbank Erfurt

Verwendungszweck „3x3“ (dazu Name der/ des Überweisenden)

Wir danken für jede Spende!